

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Die dauerhafte Partei-identifikation - nur noch ein Mythos?	1
Lebenslagen in Deutschland Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung	5
Bericht der Europäischen Kommission zur sozialen Situation in der EU 2001	6
Soziale Sicherheit durch den Sozialstaat?	7
Wohlstand wichtiger als Einkommen für Zufriedenheit mit der finanziellen Situation	12

Call for Papers: Soziale Exklusion und Inklusion: Indikatoren und Berichtssysteme für Wissenschaft und Politik	16
---	----

Workshop Armuts- und Reichtumsberichterstattung	16
--	----

Die dauerhafte Partei-identifikation - nur noch ein Mythos?

Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland

Im politischen System der Bundesrepublik sind die politischen Parteien die zentrale Institution der Vermittlung zwischen Bürgern und Regierungssystem. Affektive Identifikationen mit Parteien stellen eine der wichtigsten Prägekräfte des Wählerverhaltens dar: Die parteipolitisch ungebundenen Bürger spielen als mobilste Wählergruppe eine Schlüsselrolle im Hinblick auf die Ergebnisse von Wahlen. Der Identifikation von Wandlungstendenzen kommt ein zentraler Stellenwert zum Verständnis des Wählerverhaltens der Bürger in Ost- und Westdeutschland zu: Wechsel der Parteiidentifikation, aber auch eine Veränderung in der Neigung sich überhaupt mit einer politischen Partei zu identifizieren, können tiefgreifende Änderungen im Wahlverhalten mit sich bringen. Anhand der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer jährlichen Wiederholungsbefragung von insgesamt mehr als 26.600 Personen, wird in diesem Beitrag für den Zeitraum 1984 bis 1999 untersucht, wie dauerhaft individuelle Parteibindungen sind und wovon ihre Stabilität abhängt.

Subjektive Identifikation mit politischen Parteien prägt Wahlentscheidungen

Rund 1,7 Mio. Bürger sind gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland Mitglied einer politischen Partei. Das entspricht etwa 3% der wahlberechtigten Bevölkerung (Datenreport 1999: 165 f). 82% der über 18-Jährigen machten bei der letzten Bundestagswahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch und gaben einer der konkurrierenden Parteien ihre Stimme. Dieser Wert ist geringer als in den 70er und frühen 80er Jahren, als die Wahlbeteiligung stets bei rund 90% gelegen hatte, aber er markiert einen Anstieg gegenüber den vorangegangenen Urnengängen von 1990 und 1994, bei denen die Wahlbeteiligung erstmals seit 1949 die 80% Marke unterschritten hatte.

Neben der formalen Mitgliedschaft in einer Parteiorganisation und dem Votum, das an der Wahlurne für die Kandidaten einer Partei abgegeben wird, gibt es eine dritte Form, in der sich Bürger einer politischen Partei zuordnen können. Sie lässt sich jedoch nicht direkt am

politischen Verhalten ablesen, sondern ist psychologischer Natur und wird deswegen nur durch systematische Befragung von Wählern beobachtbar: die Parteiidentifikation. Dieses Konzept wurde schon vor einem halben Jahrhundert im Rahmen des sozialpsychologischen Ansatzes der sogenannten „Michigan-Schule“ der amerikanischen Wahlsoziologie entwickelt. Es hat die Wahlforschung in vielen Ländern nachhaltig beeinflusst und stellt bis heute einen der wichtigsten Erklärungsansätze für das Wählerverhalten dar (Campbell u.a. 1954, 1960; Falter u.a. 2000). Unter der Parteiidentifikation wird eine stabile, gefühlsmäßige Bindung von Individuen an bestimmte politische Parteien verstanden. Ähnlich der religiösen Identität stellt sie einen Kernbestandteil der Selbstdefinition von Individuen dar. So wie es für das Selbstbild vieler Menschen wesentlich ist, gläubiger Katholik oder Protestant zu sein, so kann es für das Selbstverständnis einer Person auch zentral sein, sich zum Beispiel als „Sozialdemokrat“ oder als „Christdemokrat“ zu definieren.

Tabelle 1: Bundestagswahlen 1998 und 1994 : Wahlentscheidungen (Zweitstimmen) nach Parteiidentifikation

Wahlent-scheidung	Identifikation mit... (in %)						
	SPD	CDU/CSU	B90/Grüne	FDP	PDS	Andere Partei	Keine Partei
Wahlent-scheidung 1998							
SPD	89	6	18	12	11	14	46
CDU/CSU	2	85	1	22	7	6	29
B90/Grüne	5	1	78	0	2	2	8
FDP	1	6	1	67	2	2	6
PDS	1	1	1	0	75	0	4
Andere Partei	2	2	1	0	3	76	7
Gesamt (%)	29	28	5	2	2	2	34
Wahlent-scheidung 1994							
SPD	88	2	6	4	7	16	37
CDU/CSU	1	89	3	20	0	18	36
B90/Grüne	7	1	81	0	0	0	9
FDP	2	7	6	76	0	0	7
PDS	1	0	4	0	90	0	2
Andere Partei	0	1	6	0	2	66	8
Gesamt (%)	25	28	5	1	6	1	34

Datenbasis: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim - Politbarometer, 3 Vorwahlwellen im September 1998 (N=3072); 1 Vorwahlwelle im Oktober 1994 (N=1825).

len als in den parteipolitisch gebundenen Segmenten der Wählerschaft und deswegen entscheidend zum Regierungswechsel vor drei Jahren beitrugen. Den ungebundenen Wählern kommt somit bei Wahlen eine Schlüsselrolle zu: Da sie politisch erheblich mobiler sind als die parteigebundenen Wähler, hängt von ihren Entscheidungen wesentlich ab, ob Regierungen im Amt bestätigt oder abgewählt werden.

29% der Wähler identifizierten sich vor der Bundestagswahl 1998 mit der SPD, und fast ebenso hoch lag der Anteil derjenigen, die sich einer Unionspartei verbunden fühlten. Die Anteile der Anhänger der Kleinparteien lagen unterhalb der Fünf-Prozent-Schwelle. Auffällig ist dabei, dass sich deutlich mehr Wähler mit den Grünen (5%) als mit der FDP (2%) identifizierten. Während die Großparteien somit stets auf einen relativ breiten Kernwählersockel bauen können, der sie mit hoher Verlässlichkeit unterstützt, ist die Ausgangslage der Kleinparteien immer prekär. Keine von ihnen kann sich alleine auf ihre Kernanhängerschaft verlassen, um die Sperrhürde des Wahlrechts zu meistern. Ein gutes Drittel der Wählerschaft war 1998 parteipolitisch ungebunden.

Anteil der Wähler ohne Parteiidentifikation seit den 70er Jahren deutlich gestiegen

Die Parteiidentifikation der Wähler wird in der Bundesrepublik Deutschland seit den 70er Jahren regelmäßig gemessen. Seit 1977 liegt auf Basis der Politbarometer-Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen eine lückenlose Zeitreihe von wiederholten Querschnittsbetrachtungen vor. Sie identifiziert im Hinblick auf die Schlüsselgruppe der parteipolitisch ungebundenen einen wichtigen Trend: Ihr Anteil nimmt seit Jahrzehnten zu (Graphik 1). Korrespondierend dazu schrumpft der Anteil der Wähler, die sich mit einer Partei identifizieren. Dieser Prozess wird in der Wahlsoziologie als „dealignment“ bezeichnet: Ein säkularer Trend der Erosion affektiver Wählerbindungen an die politischen Parteien. Graphik 1 belegt, dass der Anteil der Wähler, die sich nicht dauerhaft an eine politische Partei gebunden fühlten, 1977 in den alten Bundesländern noch bei etwa einem Fünftel gelegen hatte

Die Parteiidentifikation eines Wählers stellt eine der wichtigsten Prägekräfte für sein Verhalten bei Wahlen dar. Parteigebundene Wähler beteiligen sich mit höherer Wahrscheinlichkeit an Wahlen als solche, die ungebunden sind. Wie eine Art Markentreue legt die Parteiidentifikation die Entscheidung bei jedem Urnengang auf diejenige Partei fest, mit der sich der Wähler identifiziert. Sie schirmt Individuen gegenüber möglichen Einflüssen der Medien oder anderer Personen ab und fungiert wie ein politischer Kompass, der es ihnen ermöglicht, sich in der unübersichtlichen Welt der Politik besser zurechtzufinden. Dadurch versetzt sie Wähler in die Lage, ihre Entscheidungen für die Parteien, denen sie sich verbunden fühlen, nicht nur rein gefühlsmäßig, sondern jedes Mal auch anhand subjektiv guter Gründe zu treffen.

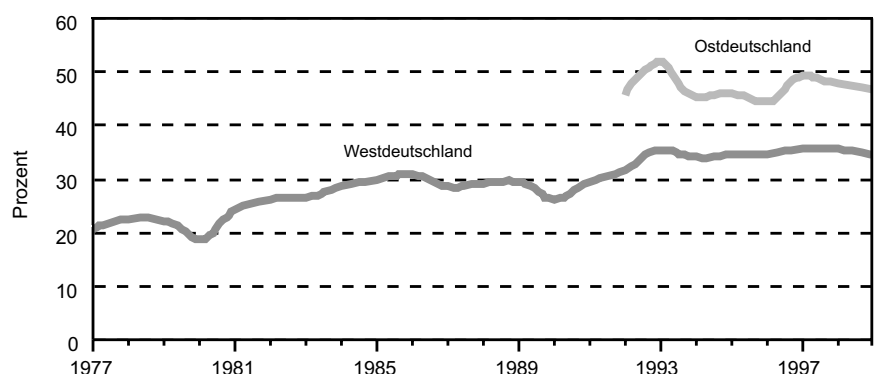
Die „mobilen Wähler“ ohne Parteibindungen sind entscheidend für Wahlausgänge

Die Verteilung der Parteibindungen in der Wählerschaft legt Wahlergebnisse in erheblichem Umfang fest. Anhand der letzten beiden Bundestagswahlen wird dies im Folgenden veranschaulicht. Sowohl 1994 als auch 1998 votierte die große Mehrzahl der Wähler, die sich mit einer Partei identifizierten, für die eigene Partei (Tabelle 1). Bei den Anhängern der großen Parteien war diese Tendenz noch stärker ausgeprägt als bei Wählern, die sich an eine der kleinen Parteien gebunden fühlten. Bei beiden Urnengängen entschieden sich fast 90% der SPD- wie auch der CDU/CSU-Anhänger im Sinne ihrer Parteiidentifikation. In den Orientierungen der Anhänger der beiden Großparteien finden auch heute noch die tradierten soziopolitischen Spannungslinien der deutschen

Gesellschaft einen Ausdruck: der religiös-konfessionelle und der sozio-ökonomische Konflikt. Das verleiht diesen Bindungen ihre besonders große Prägekraft. Bei den Kleinparteien ist das anders: Zwar votierte auch die große Mehrheit der Anhänger von FDP und Grünen für die eigene Partei. Aber in beträchtlicher Zahl bedachten sie auch die großen Partnerparteien, mit denen ihre eigenen Parteien durch Koalitionen oder Koalitionsabsichten verbunden waren, mit ihrer Stimme: die SPD im Falle der Grünen und die Union bei der FDP.

Weniger berechenbar war das Stimmverhalten derjenigen Wähler, die sich nicht mit einer politischen Partei identifizierten. Zwischen 1994 und 1998 legte die SPD in dieser Wählergruppe fast 10 Prozentpunkte zu, während die CDU/CSU sieben Prozentpunkte verlor - Wählerbewegungen, die weit größer ausfi-

Graphik 1: Anteil von Wählern ohne Parteiidentifikation



Datenbasis: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, Politbarometer 1977 - 1999

Tabelle 2: Veränderung der Parteiidentifikation im 7-Jahresvergleich

		Parteiidentifikation 1991 West (in %)						
		Keine	SPD	CDU/CSU	FDP	B90/Grüne	-	Andere
Parteiidentifikation 1984	Keine	58	19	18	3	2	-	1
	SPD	22	69	6	2	1	-	1
	CDU/CSU	23	2	71	2	0	-	1
	FDP	31	5	9	52	1	-	2
	Grüne	32	25	3	0	39	-	1
N=4970								
		Parteiidentifikation 1999 West (in %)						
		Keine	SPD	CDU/CSU	FDP	B90/Grüne	PDS*	Andere
Parteiidentifikation 1992	Keine	69	16	13	0	2	-	1
	SPD	17	79	3	0	1	-	1
	CDU/CSU	18	4	74	1	0	-	3
	FDP	25	12	11	44	5	-	3
	B90/Grüne	28	14	2	1	53	-	4
N=4497								
		Ost (in %)						
		Keine	SPD	CDU/CSU	FDP	B 90/Grüne	PDS	Andere
		74	11	9	0	1	5	1
		35	51	5	1	1	4	3
		36	10	47	0	1	2	5
		48	23	12	10	0	7	0
		39	18	2	0	21	16	3
		12	5	0	0	0	83	0
N=2696								

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel; Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit ab 18 Jahren.
*PDS in Westdeutschland nicht separat ausgewiesen.

wäre, wenn es sich bei diesen Orientierungen tatsächlich um völlig unveränderliche Merkmale der politischen Persönlichkeit handeln würde. Von denjenigen westdeutschen Wählern, die sich im Jahr 1984 mit einer großen Partei identifizierten, wiesen sieben Jahre später rund 70% wieder dieselbe Orientierung auf (Tabelle 2). Zwischen 1992 und 1999 lag der verbleibende Anteil bei den großen Parteien geringfügig höher als im Zeitraum zuvor. Rund ein Fünftel der jeweils anfänglich Parteigegebenen gaben ihre Identifikationen auf und fanden sich sieben Jahre später bei der wachsenden Gruppe der Unabhängigen. Weniger als 10% wechselten zu einer anderen Partei.

Bindungen an Kleinparteien prägen nicht nur, wie oben gezeigt wurde, das Wählerverhalten in geringerem Maße. Sie werden auch eher aufgegeben als Bindungen an Großparteien. Der Anteil mit übereinstimmenden Angaben zwischen den beiden Beobachtungszeitpunkten bei FDP und Grünen betrug in den alten Bundesländern jeweils nur 40 bis 50%. In noch größerem Umfang als bei den Großparteien wanderten Wähler, die sich mit Kleinparteien identifizierten, ins „Lager“ der Ungebundenen ab. Die Grünen verloren aber auch etliche Anhänger an die SPD. Parteigegebene Wähler aus den neuen Bundesländern neigten noch häufiger dazu, ihrer Partei die Treue aufzukündigen als Wähler aus den alten Bundesländern. Diejenigen unter ihnen, die 1992 der SPD oder der CDU anhängen, fanden sich sieben Jahre später zu mehr als einem Drittel bei den Unabhängigen wieder. Weitere 10 bis 15% traten zu einer anderen Partei über. Von denjenigen Ostdeutschen, die sich zum ersten Beobachtungszeitpunkt mit einer kleinen Partei identifizierten, wechselte die große Mehrzahl die Orientierung. Den Grünen blieb nur einer von fünf Anhängern erhalten, der FDP gar nur einer von zehn. Langfristig am stabilsten war die Anhängerschaft der PDS. Der weitaus größten Parteiorganisation, die - in Gestalt der SED - auch vor der Wende schon in Ostdeutschland existiert hatte, hielten über 80% ihrer Anhänger auch nach sieben Jahren noch die Treue.

Verglichen mit der Anhängerschaft der Kleinparteien erweisen sich die parteipolitisch Ungebundenen - zumindest beim Vergleich von nur zwei Zeitpunkten - als eine Wählerkategorie von relativ hoher Stabilität. In Westdeutschland waren knapp sechs von zehn ungebundenen Wählern des Jahres 1984 sieben Jahre später wieder ohne Identifikation mit einer Partei. Zwischen 1992 und 1999 lag die Haltequote der Ungebundenen sogar noch um 11 Prozentpunkte und in Ostdeutschland sogar um 16 Prozentpunkte höher. Bereits der Vergleich von jeweils zwei Zeitpunkten zeigt auf der Ebene der individuellen Parteibindungen Wandel in erheblichem Umfang. Vergleichsweise selten ist dabei der direkte Austausch der Loyalitäten zwischen zwei Parteien. Häufiger sind Wechsel zwischen Parteibindung und parteipolitischer Unabhängigkeit.

und seither ziemlich kontinuierlich gewachsen ist. Lediglich in den Jahren, in denen Wahlen zum Bundestag stattfanden (1980, 1983, 1987, 1990, 1994 und 1998), gab es geringfügige Bewegungen gegen den Trend mit einer vorübergehenden Abnahme des Anteils der Ungebundenen. Dies ist auf die wahlkampfbedingte politische Mobilisierung zurückzuführen. Dasselbe Phänomen ist auch in den neuen Bundesländern zu beobachten; ansonsten gibt es dort keinen erkennbaren Trend. Die Quote der parteipolitisch Ungebundenen fluktuiert seit Beginn der Messung bei ostdeutschen Wählern in den frühen 90er Jahren um die 50-Prozent-Marke. Der Anteil der mobilen Wähler ist in Ostdeutschland also noch deutlich höher als im Westen. Das Parteiensystem hatte dort noch keine ausreichende Zeit, um in der Wählerschaft so tiefe Wurzeln zu schlagen, wie sie im Westen über viele Jahrzehnte ausgebildet wurden.

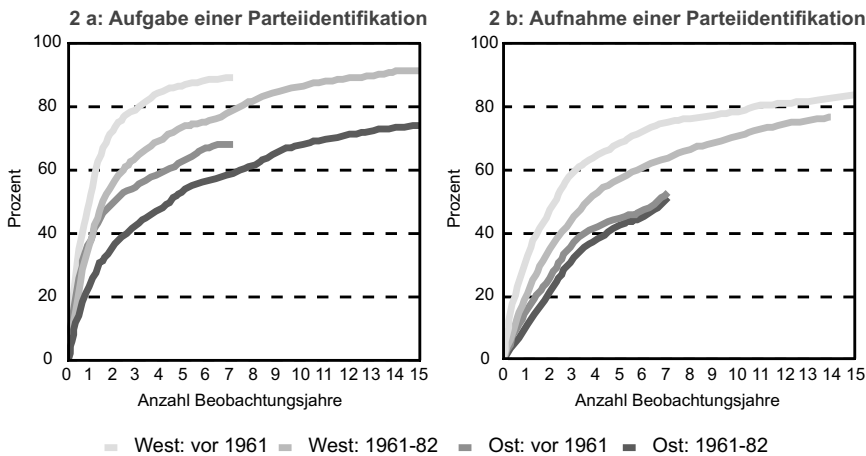
Kennzeichnend für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Parteiidentifikation war ursprünglich die sehr einseitige Deutung dieser psychologischen Orientierung als „unmoved mover“ (Dennis 1991: 77) - als Persönlichkeitsmerkmal von weitreichender Bedeutung für politische Einstellungen und für das politische Verhalten, das selbst einen kaum veränderlichen Wesenskern des Individuums darstellt. Nur weitreichenden und tiefgreifenden Ereignissen, krisenhaften Zu-

spitzungen politischer Problemlagen von nationaler Reichweite wurde ein Potential zugeschrieben, Verschiebungen der Parteibindungen hervorzurufen. In jüngerer Zeit wird dieses holzschnittartige Bild zunehmend kritisiert (Falter u.a. 2000: 239-41). Wie stabil die affektiven Bindungen der Deutschen an politische Parteien in der Längsschnittbetrachtung sind, wird im Folgenden näher untersucht.

Ostdeutsche kündigen häufiger Parteibindung auf

Mit Hilfe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen jährlichen Wiederholungsbefragung von Personen und Haushalten, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland durchgeführt wird, kann über maximal 16 Befragungsjahre beobachtet werden, wie sich die Parteibindungen der deutschen Wähler im Zeitverlauf entwickelt haben und welche persönlichen Merkmale für die Stabilität und den Wandel dieser Orientierungen von Bedeutung sind. Zunächst werden jeweils zwei Befragungszeitpunkte über acht Befragungsjahre verglichen: Der erste Blick offenbart, dass sich unter der ziemlich stabilen Oberfläche der Aggregatverteilungen eine erhebliche individuelle Beweglichkeit von Wählern¹ verbirgt. Offenkundig sind die Parteibindungen der westdeutschen, insbesondere aber auch der ostdeutschen Wähler keineswegs so stabil, wie das zu erwarten

Graphik 2: Aufgabe und Aufnahme einer Parteiidentifikation in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

Hohe Mobilität bei der Parteiidentifikation in der Verlaufsperspektive

Der Vergleich von einzelnen Zeitpunkten deckt zwar individuelle Veränderungen auf, allerdings ist es damit nicht möglich die gesamte Mobilität dazwischen zu identifizieren. So könnte stabilen Angaben zur Parteiidentifikation zu zwei Zeitpunkten eine erhebliche Mobilität zwischen den beiden Zeitpunkten zugrunde liegen. Um diese Mobilität analytisch zu erfassen, wird im Folgenden ein Verlaufsdaten-Design gewählt, das die Aufnahme oder Aufgabe einer Parteiidentifikation als sozialen Prozess begreift. Untersucht wird die Zeitdauer bis eine Veränderung auftritt. Hier wird der erste Wechsel einer Person im Untersuchungszeitraum in Betracht gezogen². Es kann dann jeweils angegeben werden, welcher Anteil von Personen nach einem bestimmten Zeitraum (ein, zwei, ... max. 15 Jahre) eine Parteiidentifikation aufgenommen bzw. aufgegeben hat. Die Beobachtungszeit beginnt mit der ersten Beobachtung einer Person.

Es wird unmittelbar deutlich, dass es im Verlauf des Beobachtungszeitraumes von 15 Jahren im Westen bzw. sieben Jahren im Osten³ erheblich mehr Mobilität in den parteipolitischen Bindungen gab als der Vergleich zweier Zeitpunkte erkennen ließ. Etwa 80% derjenigen, die zu Beginn eine Parteiidentifikation hatten, gaben diese unter den Westdeutschen im Laufe der Untersuchung auf (Graphik 2a), d.h. nur etwa 20% der Westdeutschen hatten durchgängig eine unveränderte Parteiidentifikation. Deutlich wird auch, dass diese Wandlungstendenzen mit der Abfolge der Geburtsjahrgänge zusammenhängen: Die jüngere Geburtskohorte (1961-82) gab ihre Parteiidentifikation erheblich schneller auf als die ältere. Bereits nach zwei Jahren hat mehr als die Hälfte der jungen Geburtskohorte einen Wechsel zu verzeichnen, bei der älteren Kohorte dauert dies mehr als vier Jahre⁴. Unverkennbar ist überdies, dass diese individuellen Mobilitätsprozesse in den neuen Bundesländern noch rascher abgelaufen sind als in den alten Bundesländern. Die vergleichsweise kurze demo-

kratische Erfahrung und der rasche gesellschaftliche Wandel gehen offensichtlich mit einer geringeren Bindung an politische Parteien einher als dies in Westdeutschland der Fall ist. Auch in Ostdeutschland sind Wandlungstendenzen sichtbar. Die jüngste Geburtskohorte unterscheidet sich deutlich von der älteren. Bereits nach einem Jahr - und damit weit schneller als bei der älteren Kohorte - hat die Hälfte von ihnen und nach vier Jahren mehr als 80% ihre erste Parteiidentifikation aufgegeben. Die Wechsel erfolgen in ganz Deutschland weit weniger zwischen den Parteien als vielmehr hin zu den Ungebundenen.

Parteipolitische Ungebundenheit in Westdeutschland selten von langer Dauer

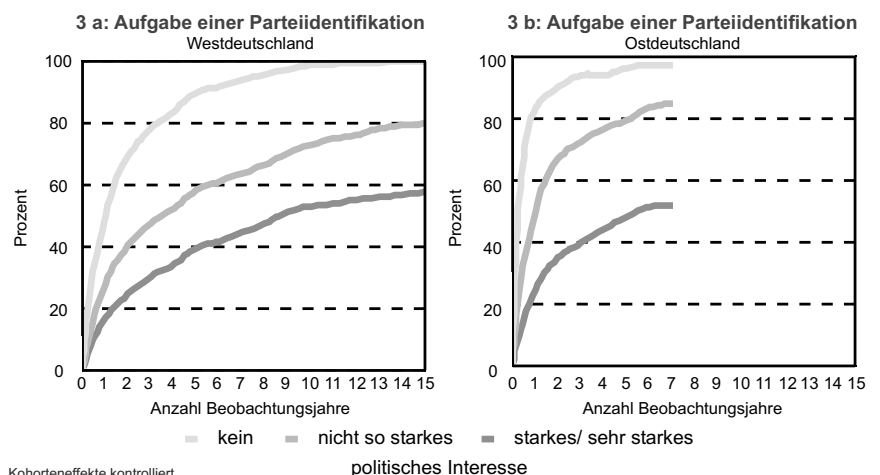
Neben der Aufgabe einer Parteiidentifikation stellt sich auch die Frage danach, wie lange es dauert, bis politisch zunächst Ungebundene eine Parteiidentifikation aufnehmen. In Westdeutschland zeigt sich auch hier, dass nur eine Minderheit von etwa 20% während des gesamten Untersuchungsverlaufs ohne Parteiidentifikation bleibt (Graphik 2b). Die ältere

Geburtskohorte bleibt nicht nur länger bei einer einmal gewählten Parteiidentifikation, sie identifiziert sich bei anfänglicher Ungebundenheit auch schneller als die jüngere Kohorte wieder mit einer politischen Partei. Ostdeutsche verweilen dagegen länger ohne Parteibindung, und es zeigen sich keine nennenswerten Kohortenunterschiede. Während der Vergleich von nur zwei Zeitpunkten die Gruppe derjenigen ohne Parteibindung als besonders stabil erscheinen ließ, zeigt die Verlaufsdatenperspektive, dass eine besonders hohe Fluktuation zwischen Aufnahme und Aufgabe einer Parteiidentifikation zu beobachten ist.

Langfristige Parteiidentifikation vor allem bei politisch Interessierten

Ein weiterer Faktor von erheblicher Bedeutung für die Neigung von Wählern, ihre parteipolitische Grundorientierung zu ändern, ist das politische Interesse. Interessierte Bürger sind stärker motiviert, sich gedanklich mit politischen Fragen auseinander zu setzen. Sie informieren sich intensiver als andere, und sie wissen deswegen besser über politische Themen Bescheid. Wenig und vor allem überhaupt nicht an Politik Interessierte setzen sich nicht nur in geringem Umfang mit politischen Fragen auseinander, sie verabschieden sich auch rascher von ihren parteipolitischen Bindungen (Graphik 3 a, b). Von denjenigen, die sich mit einer Partei identifizierten, ohne sich aber für Politik zu interessieren, hatte schon nach einem Jahr nur noch jeder zweite Westdeutsche und weniger als jeder fünfte Ostdeutsche dieselbe Orientierung. Alle übrigen hatten sich einer anderen Partei zugewandt oder ihre Parteibindung ganz aufgegeben. Und auch der verbleibende kleine Rest parteipolitisch Gebundener schmolz innerhalb weniger Jahre fast vollständig ab. Schon geringfügiges Politikinteresse ging mit erkennbar erhöhter Stabilität einher. Ganz anders hingegen die stark interessierten Wähler: Auch bei ihnen gab es durchaus Wechselhaftigkeit - allerdings weit- aus häufiger in Richtung einer anderen Partei

Graphik 3: Aufgabe einer Parteiidentifikation in West- und Ostdeutschland nach dem politischen Interesse der Befragten



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

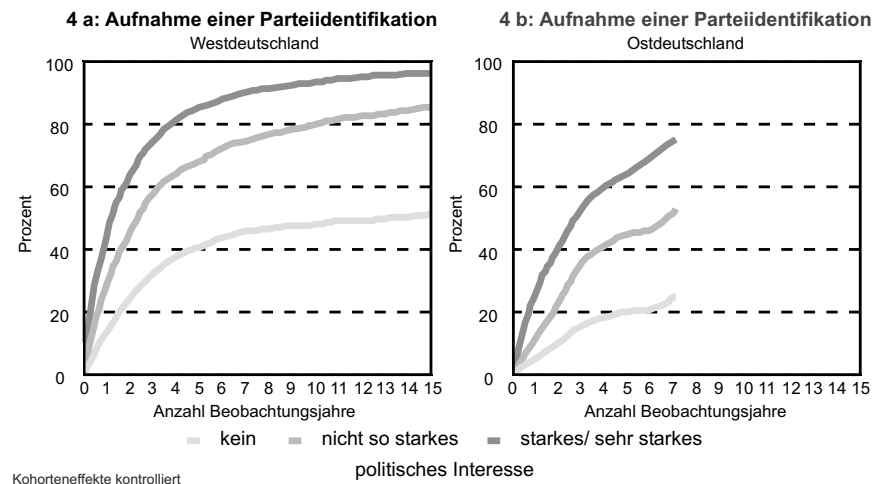
als bei politisch weniger Interessierten. Immerhin rund die Hälfte der Personen in dieser Wählergruppe behält ihre Identifikation über den gesamten Beobachtungszeitraum bei, d.h. über 15 Jahre in den alten Bundesländern und über sieben Jahre in den neuen Bundesländern.

Zugleich ließen in West- wie in Ostdeutschland die politisch desinteressierten Wähler die geringste Neigung erkennen, sich einer Partei anzuschließen, wenn dies zu Beginn der Beobachtungsperiode nicht der Fall war (Graphik 4 a, b). Im Westen war selbst nach Ablauf der vollen 15 Jahre noch immer rund die Hälfte von ihnen parteiunabhängig. In den neuen Bundesländern war ihre Tendenz, außerhalb des Parteiensystems zu bleiben, noch ausgeprägter. Von denjenigen unabhängigen Wählern, die sich stark für Politik interessierten, verharren hingegen nur ein kleiner Anteil dauerhaft in Distanz zu den Parteien. Schon nach wenigen Jahren hatten sie sich zu 80% der Anhängerschaft einer Partei zugesellt. Die politisch Interessierten bilden somit das stabile Rückgrat der Parteidentifikation in der Bundesrepublik. Vorhandene parteipolitische Bindungen behalten sie mit hoher Wahrscheinlichkeit langfristig bei. Wenn sie keine Bindung an eine Partei haben, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie relativ schnell solche Identifikationen ausbilden. Politisch desinteressierte Wähler zeigen hingegen kaum stabile politische Bindungen - ihre Neigung, sich überhaupt mit einer Partei zu identifizieren, ist gering. Stark ausgeprägt ist hingegen ihre Tendenz, vorhandene Bindungen rasch wieder zu verlieren. Ingesamt haben die Analysen gezeigt, dass die affektiven Bindungen an politische Parteien zwar durchaus stabiler sind als viele andere Orientierungen im Bereich der Politik, dass sie aber keineswegs starr sind und den Verteilungen auf der Basis von Querschnittsbetrachtungen ein erhebliches Maß an Mobilität zugrunde liegt.

- 1 Ausgewertet werden hier die Angaben von Personen ab 18 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit.
- 2 Es liegt hier eine Linkszensurierung vor, d.h. eine mögliche Parteidentifikation, die eine Person vor dem Eintritt in die Paneluntersuchung hatte, bleibt unberücksichtigt.
- 3 Es wurden nur Personen berücksichtigt, die im Erhebungszeitraum ihren Wohnsitz nicht zwischen Ost- und Westdeutschland gewechselt haben und durchgängig eine deutsche Staatsangehörigkeit hatten.
- 4 Neben dem Kohorteneffekt kommt auch ein nichtlinearer Alterseffekt in Richtung einer zunehmenden Stabilisierung der Parteidentifikation zum Tragen, der sich allerdings mit zunehmendem Alter stark abschwächt.

Campbell, Angus, Converse, Philip E., Miller, Warren E., Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*. New York: Wiley.
 Campbell, Angus, Gurin, Gerald, Miller, Warren E., 1954: *The Voter Decides*. Evanston/Ill.: Row, Petersen & Co.

Graphik 4: Aufnahme einer Parteidentifikation in West- und Ostdeutschland nach dem politischen Interesse der Befragten



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

Dennis, Jack, 1991: *The Study of Electoral Behavior*. S. 51-89 in: William Crotty (Hg.): *Political Science: Looking to the Future*, Vol. 3: *Political Behavior*. Evanston: Northwestern University Press.
 Falter, Jürgen W., Schoen, Harald, Caballero, Claudio, 2000: *Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteidentifikation‘ in der Bundesrepublik*. S. 235-271 in: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*. Entwicklung,

Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
 Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA (Hg.), 2000: *Datenreport 1999*. Schriftenreihe, Band 365. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
Rüdiger Schmitt-Beck und Stefan Weick, ZUMA
 Tel.: 0621/1246-153, -245
 schmitt-beck@zuma-mannheim.de
 weick@zuma-mannheim.de

Lebenslagen in Deutschland

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Gleich bei seinem Erscheinen fand der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eine hohe Aufmerksamkeit in den Medien und entfachte eine kontroverse öffentliche Diskussion. Nachdem auf Länderebene und auch auf der Ebene von Landkreisen und Kommunen bereits eine Reihe von Armutsberichten erschienen ist, spiegelt der Regierungsbericht in besonderem Maße das hohe öffentliche Interesse an der Armutsproblematik wider.

Der Bericht ist in zwei Bände gegliedert, einen Berichtsband und einen Materialienband. Es liegen ihm eine Reihe von wissenschaftlichen Expertisen zugrunde, die insbesondere Armut und in geringerem Umfang auch Reichtum aus verschiedenen Perspektiven und mit unterschiedlichen Datenbasen untersucht haben. Der Untersuchungsgegenstand wurde bewusst nicht auf Einkommen und Vermögen begrenzt, sondern auf „Chancengleichheit“ sowie „individuelle und kollektive Lebensla-

gen“ ausgedehnt. Betont wird, dass es sich hier noch um eine Bestandsaufnahme handelt und daher auf ein eigenes Konzept von Armut oder Reichtum verzichtet wird. In Band 1 werden in einem ersten Teil wissenschaftliche Ergebnisse dargestellt, und ein weiterer Teil ist der politischen Stellungnahme vorbehalten, während Band 2 eher als kommentierter Tabellenband zu verstehen ist.

Besondere Anstrengungen wurden für die Aufarbeitung von Datengrundlagen zur Untersuchung der Bevölkerung im oberen und unteren Einkommenssegment unternommen. Neben einer Reihe von prozessproduzierten amtlichen Statistiken wie Arbeitslosenstatistik, Wohngeldstatistik, Bildungsstatistik usw. wurden insbesondere auch amtliche und nichtamtliche Individualdatensätze wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, das Sozio-ökonomische Panel und das Niedrigeinkommens-Panel auf ihr Analysepotential und ihre Grenzen überprüft und für den Bericht ausge-

wertet. Auch die Einkommenssteuerstatistik wurde einbezogen. Im Hinblick auf die weitere Berichterstattung wird z.B. auch gerade diskutiert, ob das Sozio-ökonomische Panel um eine Stichprobe von Hocheinkommensbezieherern erweitert werden soll, was eine erhebliche Verbesserung der Analysemöglichkeiten im oberen Einkommenssegment bedeuten würde. Gerade in diesem zentralen Bereich der Datengrundlagen haben die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichtes zu einer Verbesserung der Ausgangslage beigetragen.

Inhaltlich orientiert sich der Bericht an Konzepten relativer Einkommensarmut, aber auch an Vorgehensweisen im Rahmen der Lebenslagenforschung, ohne eine explizite Festlegung auf ein Konzept oder eine verbindliche Armutsdefinition vorzunehmen, wie sie beispielweise von amtlicher Seite in den USA erfolgt ist. Der erste größere inhaltliche Themenbereich (Kapitel A-I) widmet sich vor allem Ergebnissen zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Eingeschlossen sind in dieser Betrachtung auch dynamische Einkommensanalysen sowie Erbschaften und die Problematik der Überschuldung privater Haushalte. In Kapitel A-II steht der Bezug von Sozialhilfe im Mittelpunkt. Untersucht werden Umfang, Strukturen, Dau-

er und Ursachen des Bezugs. In diesem Zusammenhang werden auch besondere Problemgruppen wie z.B. Familien mit minderjährigen Kindern oder Bezieher von Niedrigeinkommen in der Sozialhilfe gesondert betrachtet. Die weiteren Kapitel A-III bis A-IX beschäftigen sich mit folgenden Lebenslagen und Lebensbereichen: Familien mit Kindern, Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, gesundheitliche Situation und Pflegebedürftigkeit, Behinderung und Zuwanderung. Bei der Darstellung dieser Lebensbereiche hätte der Zusammenhang mit der Armuts- und Reichtumsproblematik klarer herausgearbeitet werden können. Vor allem für die Bereiche, für die ohnehin ein eigenes amtliches Berichtssystem existiert, stellt sich sonst die Frage, warum sie hier behandelt werden. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass es sich bei diesem ersten Armuts- und Reichtumsbericht um eine Bestandsaufnahme handelt, und dass weitere laufende Expertisen zukünftig eine stärkere konzeptionelle Angleichung der einzelnen Kapitel erwarten lassen.

Der Regierungsbericht hat bereits für einen nachhaltigen Anstieg der Forschungstätigkeit im Bereich der Armuts- und Reichtumsberichterstattung gesorgt und die Diskussion über Armut und Reichtum in Deutschland neu entfacht. Aus der Sicht der Sozialindikatorenfor-

schung und Sozialberichterstattung wäre zu wünschen, dass eine kontinuierliche Berichterstattung auf Basis eines methodisch stringenten Konzeptes etabliert wird, die auf einem Satz von regelmäßig zu verwendenden Indikatoren basiert und durch variable Teile der Berichterstattung ergänzt wird. Ob der Berichtsauftrag an ein unabhängiges Gremium mehr Transparenz schaffen würde und damit einer rationalen öffentlichen Auseinandersetzung zuträglich wäre, erscheint durchaus diskussionswürdig.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bd. 1: Bericht. Bd. 2: Daten und Fakten: Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundestagsdrucksache Nr. 14/5990. Bonn: BMA. Preis: je DM 37,-.

*Bestellung: per Fax: 0228/3820844 oder per E-Mail: parlament@bundesanzeiger.de
Kostenloser download (pdf-Format) unter: <http://www.bma.de>*

■ **Stefan Weick, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-245
weick@zuma-mannheim.de

Bericht der Europäischen Kommission zur sozialen Lage in Europa 2001 erschienen

Im Juli 2001 ist der zweite jährliche Bericht der Europäischen Kommission zur sozialen Lage in Europa erschienen. Politisch steht er vor dem Hintergrund der auf dem Gipfel von Nizza verabschiedeten Sozialpolitischen Agenda der EU, die unter anderem die regelmäßige Erstellung eines solchen Sozialberichtes einfordert. Inhaltlich geht es insbesondere darum, gesellschaftliche Entwicklungen in der EU durch ein Set sozialer Indikatoren zu begleiten. Zu diesem Zweck sollen die Berichte zur sozialen Lage die Situation in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union regelmäßig beschreiben und langfristige gesellschaftliche Entwicklungen analysieren. Jeder der Berichte enthält einen spezifischen Themenschwerpunkt, der in diesem Jahr auf der Qualität der Lebensbedingungen und dem sozialen Zusammenhalt in der EU liegt. Im ersten Teil des Berichts werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst. Hierbei stehen zwei Dinge im Vordergrund: die Abschätzung der sozialen Folgen des demographischen Wandels einerseits und der Übergang zur Wis-

sensgesellschaft und die mit einzelnen Aspekten dieses Übergangs verbundene Exklusionsgefahr andererseits. Dabei wird zunächst auf eine ausführliche Darstellung von Datenmaterial verzichtet, wie sie in den anderen beiden Berichtsteilen im Vordergrund steht.

Der zweite Teil geht detaillierter auf zentrale Trends in vier gesellschaftlichen Themengebieten ein: bei der Bevölkerungsentwicklung (2.1), den Lebensbedingungen der Bevölkerung in Hinblick auf Gesundheit, Familie, Wohnung, Bildung und Sicherheit bzw. Unsicherheitsempfinden (2.2), der Einkommensverteilung (2.3) sowie dem Umfang und der Entwicklung der gesellschaftlichen Partizipation (2.4). Dieser Teil enthält umfangreiches Datenmaterial sowie erläuternde Hinweise zu methodischen Fragen und zu Implikationen der dargestellten Entwicklungen für die Gesellschaften der EU-Mitgliedsstaaten.

Im abschließenden dritten Teil finden sich statistische Kurzportraits zu acht ausgewählten

Lebensbereichen. Insgesamt gibt es 20 solcher Kurzportraits, die auf jeweils 2 Seiten die wichtigsten Entwicklungen innerhalb des jeweiligen Bereichs anhand eines Schlüsselindikators wie z.B. der Lebenserwartung, der Sozialversicherungsausgaben oder des Altersquotienten sowie anhand ergänzender Daten darstellen. Zusätzlich werden die Kurzportraits durch Informationen zum politischen Kontext, methodische Erläuterungen und weitere Literaturempfehlungen vervollständigt.

Im Vergleich zu dem im Vorjahr erschienenen ersten Sozialbericht wurde dieser Teil des Berichts stark überarbeitet und erweitert. Die fünf



neu hinzugekommenen Kurzportraits zur wirtschaftlichen Situation, zu Haushalten und Familien, zu Migration und Asyl, zum lebenslangen Lernen sowie zu Arbeitslosenhaushalten und Niedrigeinkommen stellen sinnvolle Ergänzungen der bereits vorhandenen Portraits dar. Zudem fällt auch die neu eingeführte Zusammenfassung der Indikatoren zu den schon erwähnten Lebensbereichen (wie Wirtschaft, Demographie, Erziehung etc.) positiv auf. Nicht genau nachvollziehbar ist allerdings, warum die Gliederung des sonst vorbildhaften Datenanhangs dieser systematischen Anordnung der Indikatoren im Textteil des Berichts nur teilweise entspricht.

Allgemein ist beim Vergleich mit dem letzten Sozialbericht aus dem Jahr 2000 insbesondere der Rückgriff auf aktuellere Daten und die Ausweitung der Datenbasis zu begrüßen. Wurde dort teilweise auf das European Community Household Panel von 1994 zurückgegriffen, so wird nun ausschließlich die neuere Panelwelle von 1996 verwendet. Zusätzlich fin-

den sich Daten aus verschiedenen aktuellen Eurobarometer-Erhebungen, so dass die Datenbasis insgesamt den Grad an Aktualität erreicht, den man von einer offiziellen Publikation der EU erwartet.

Im direkten Vergleich mit dem Vorgänger fällt weiterhin auf, dass die nützlichen Hintergrundinformationen diesmal etwas knapper ausgefallen sind als im ersten Bericht, was das Verständnis für Leser mit geringen Vorkenntnissen möglicherweise erschwert. Allerdings bietet auch der aktuelle Sozialbericht eine gute Aufbereitung und Erläuterung der präsentierten Daten.

Insgesamt betrachtet steht der Bericht zur sozialen Lage in Europa 2001 gleich in zweifacher Hinsicht für eine begrüßenswerte Entwicklung. Zunächst wird mit der Etablierung eines solchen regelmäßig erscheinenden Instruments der Sozialberichterstattung unterstrichen, dass die Einheit Europas nicht allein auf wirtschaftliche Aspekte begrenzt bleiben

darf, sondern durch eine Angleichung und kontinuierliche Verbesserung der Lebensverhältnisse, insbesondere für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen, ergänzt werden muss. Neben dieser politischen Bedeutung überzeugt er aber auch aufgrund seiner klaren Konzeption und einer gelungenen Darstellung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen. Insbesondere, wenn man das immer noch geringe Angebot an europaweit vergleichbaren Daten zu sozialpolitischen Fragestellungen berücksichtigt, liefert das hier zusammengestellte Material einen wichtigen Beitrag zur europäischen Sozialberichterstattung.

European Commission/Eurostat: Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der europäischen Union. ISBN 92-894-1140-4. Preis € 15,-.

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-244

christoph@zuma-mannheim.de

Soziale Sicherheit durch den Sozialstaat?

Einschätzungen zu Rente, Arbeitslosigkeit und Krankheit in Ost- und Westdeutschland

Der Sozialstaat in Deutschland verfolgt das Ziel, den Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger zu fördern, indem er individuelle Lebensrisiken sozial absichert und die gesellschaftliche Teilhabe aller ermöglicht. Er legitimiert sich unter anderem aus einer breiten, überparteilichen und über die Zeit unverändert hohen Akzeptanz durch die Bevölkerung, die auch in bisherigen Umfragen nachgewiesen wurde. Allerdings könnte dieser Befund möglicherweise auch darauf zurückzuführen sein, dass sowohl Einstellungen bezüglich der Leistungen des Sozialstaats als auch normative Vorstellungen über seine Zuständigkeit für den Schutz vor Risiken in bestimmten Lebensbereichen in diesen Umfragen nur in relativ allgemeiner Form erhoben wurden. Vermutlich konnten deshalb Konflikte um die Aufgaben des Sozialstaates, die aus unterschiedlichen Interessenlagen und Werthaltungen verschiedener Bevölkerungsgruppen resultieren, in empirischen Untersuchungen bisher nicht ausreichend berücksichtigt werden. Im Rahmen des „International Social Justice Project“ (ISJP)¹ wurde Ende 2000 eine deutschlandweit repräsentative Umfrage durchgeführt, in der einige sozialpolitisch relevante Einstellungen differenzierter erhoben wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass sich Ost- und Westdeutsche in ihren sozialpolitischen Einstellungen auch noch zehn Jahre nach der Vereinigung deutlich unterscheiden und dass darüber hinaus auch Einstellungsunterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen zu beobachten sind.

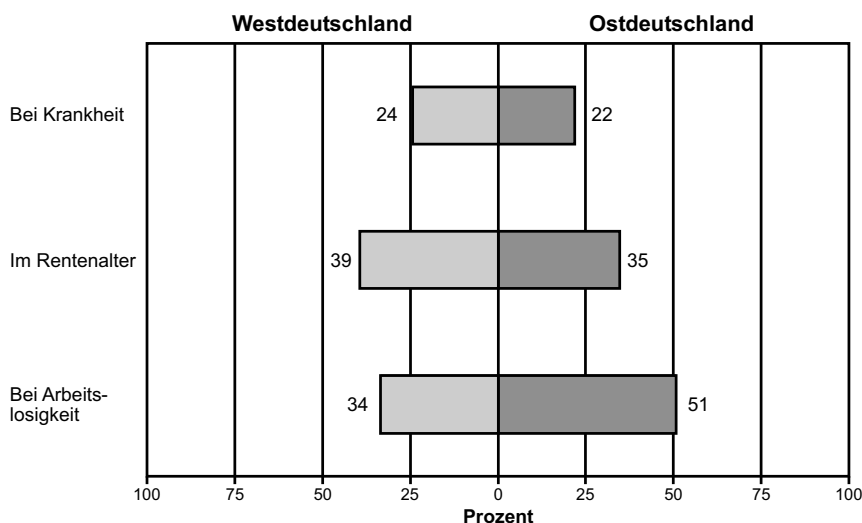
Die gegenwärtige Bundesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, weitgehende Reformen im System der sozialen Sicherung in Angriff zu nehmen. Die Bereiche Rente, Gesundheit und Arbeitsmarkt genießen dabei höchste Priorität. Bei den Reformen des Sozialstaates sind die Sozialwissenschaften mit wissenschaftlichen Analysen und Empfehlungen beteiligt. Allerdings konzentriert sich der wissenschaftliche Blick dabei meist nur auf objektive Problemlagen des Sozialstaates. Subjektive Befindlichkeiten, Wahrnehmungen und Einschätzungen der Menschen werden dagegen eher ausgeblendet. Geht man jedoch davon aus, dass mit der Akzeptanz auch eine politische Legitimation des Sozialstaates in seiner spezifi-

schon Gestalt einhergeht, gewinnen subjektive Bewertungen eine größere Bedeutung. Auch wenn aufgrund zunehmender Zwänge der internationalen Politikvernetzung (etwa auf europäischer Ebene) die Rolle der subjektiven Unterstützung durch die Bevölkerung als Legitimationsgrundlage im politischen Prozess an Bedeutung zu verlieren scheint, bleibt sie dennoch im Rahmen der sozialen Integration einer Gesellschaft wichtig (Kaufmann 1997: 148). Diese wird am ehesten unter der Bedingung eines weitgehenden sozialpolitischen Konsenses der Bevölkerung erreicht. Sozialwissenschaftliche Analysen haben diesen grundlegenden Konsens in Deutschland auch mehrfach bestätigt (z.B. Roller 1992, 1997).

Dennoch ist zu beachten, dass auch ein Zusammenhang von sozialpolitischen Einstellungen und sozialstrukturellen Interessenlagen sowie Werthaltungen besteht, der diesem Konsens entgegenstehen kann (z.B. Gangl 1997). Deshalb ist es von Interesse, Einstellungen zum Sozialstaat nach Bevölkerungsgruppen differenziert zu betrachten, da sich letztere sowohl aufgrund ihrer unterschiedlichen sozialpolitischen Interessen und Werthaltungen als auch hinsichtlich ihrer Ansprüche an den Sozialstaat stark unterscheiden können. Dem Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen sollte dabei besondere Aufmerksamkeit zukommen. Zudem sollten Einstellungen entsprechend den einzelnen Teilbereichen des Sozialstaats (z.B. getrennt nach verschiedenen Systemen sozialer Sicherung) analysiert werden (Ullrich 2000). Und schließlich wäre zwischen verschiedenen Einstellungsdimensionen (d.h. zwischen inhaltlichen Aspekten der Einstellung zum Sozialstaat, wie z.B. Einschätzung der eigenen Absicherung, präferierten Zielen des Sozialstaats oder dem gewünschten Verhältnis zwischen Eigen- und Solidarverantwortung) zu differenzieren.

Um derartige Analysen zu ermöglichen wurden Ende 2000 im Rahmen des „International Social Justice Project“ (ISJP) auch Daten zu sozialpolitisch relevanten Einstellungen getrennt nach unterschiedlichen Bereichen der sozialen Sicherung erhoben. Dabei wurden insgesamt 3215 Personen befragt, davon 1324 in den neuen und 1891 in den alten Bundesländern. Der vorliegende Beitrag, der auf die-

Graphik 1: Wie gut fühlen sich Ost- und Westdeutsche durch den Sozialstaat abgesichert? (Anteil „schlecht“ und „sehr schlecht“)



Datenbasis: ISJP 2000

sen Daten basiert, konzentriert sich auf Einschätzungen in Bezug auf die Risikolagen Krankheit, Rente und Arbeitslosigkeit. Dabei werden unterschiedliche Indikatoren für die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats verwendet, nämlich die Bewertung der eigenen Absicherung, die Sorgen der Menschen und die Frage, wer die Verantwortung für die Absicherung gegen bestimmte Lebensrisiken übernehmen sollte.

Schwächen der sozialstaatlichen Absicherung

Im Zuge der deutschen Einheit ist es zu einer Integration der ostdeutschen Bevölkerung in das westdeutsche System der sozialen Sicherung gekommen. Von daher lässt sich die Frage stellen, inwieweit sich Ost- und Westdeutsche auch zehn Jahre nach der Einheit noch hinsichtlich der Einschätzung der persönlichen Absicherung in Risikolagen unterscheiden. Graphik 1 zeigt die Anteile der Ost- und Westdeutschen, die sich bei Krankheit, im Rentenalter und bei Arbeitslosigkeit schlecht oder sehr schlecht durch den Sozialstaat abgesichert fühlen. Wie aufgrund der Angleichung der sozialstaatlichen Institutionen zu erwarten war, zeigen sich bei der Sicherung im Rentenalter und bei Krankheit nur geringe Ost-West-Unterschiede. Die Absicherung bei Krankheit wird in beiden Landesteilen jeweils nur von knapp einem Viertel der Befragten als schlecht angesehen. Im Falle der Alterssicherung, bei der 35% der Ostdeutschen und fast 40% der Westdeutschen eine ungenügende Absicherung beklagen, ist der entsprechende Anteil hingegen deutlich höher. Ostdeutsche fühlen sich hier sogar vergleichsweise besser abgesichert.

Im Falle der Arbeitslosigkeit gehen die Bewertungen von West- und Ostdeutschen dagegen deutlich auseinander. Während gut die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung eine schlechte und sehr schlechte Absicherung be-

klagt, sind es bei den Westdeutschen nur 34% und damit sogar weniger als im Falle des Rentenalters. Damit fühlen sich Westdeutsche im Alter und Ostdeutsche bei Arbeitslosigkeit am schlechtesten abgesichert. In diesen Einschätzungen spiegelt sich auch das Niveau der Arbeitslosenzahlen, die, obwohl Arbeitslosigkeit in beiden Landesteilen ein Problem ist, im Osten (mit 16% im Okt./Nov. 2000) weitaus höher sind als im Westen (7%; BPA 2000). Möglicherweise hat aber auch die Rentendiskussion Ende des letzten Jahres dazu beigetragen, Westdeutsche stärker hinsichtlich ihrer unzureichenden Absicherung in diesem Bereich zu sensibilisieren.

Wenn Befragte bei der Beurteilung der Absicherung durch den Sozialstaat eigene Aufwendungen und sozialstaatliche Gegenleistungen

ins Verhältnis setzen, wäre zu vermuten, dass sich auch Unterschiede in der Einschätzung zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen ergeben (vgl. Tabelle 1). So zeigt sich, dass sich vor allem Befragte im mittleren Lebensalter bei Krankheit und bei Arbeitslosigkeit schlechter abgesichert fühlen als jüngere und ältere. Dies könnte dahingehend interpretiert werden, dass dieser Personengruppe die Hauptlast der Aufwendungen aufgebürdet wird, ohne dass Leistungen im selben Umfang in Anspruch genommen werden. Bei der Absicherung im Rentenalter wird dies möglicherweise zusätzlich durch den Generationenkonflikt überlagert: Während sich 57% der 18- bis 34-Jährigen in Westdeutschland und 63% dieser Altersgruppe in Ostdeutschland im Rentenalter schlecht abgesichert fühlen, sinkt der Anteil in beiden Landesteilen mit zunehmendem Alter deutlich ab. Offensichtlich gehen Jüngere von einer schlechteren Absicherung im Rentenalter aus, da sie jetzt und in Zukunft mehr zur Rentenversicherung beitragen ohne die Aussicht auf eine entsprechende Gegenleistung zu haben, wenn sie später eine eigene Rente beziehen.

Zu erwarten ist weiterhin, dass die Einschätzung der eigenen Absicherung in verschiedenen Lebensbereichen vom sozioökonomischen Status der Befragten abhängt. Menschen in den oberen Einkommenslagen fühlen sich vermutlich besser abgesichert als solche in den unteren, da sie eher in der Lage sind, einen eigenen Beitrag zu ihrer Absicherung zu leisten. Dies spiegelt sich auch in den Einschätzungen der Befragten wider. Bemerkenswert erscheint dabei, dass Ostdeutsche im obersten Einkommensquintil² ihre Absicherung bei Krankheit und im Rentenalter positiver bewerten als die entsprechende westdeutsche Bevölkerungsgruppe. Bei der Arbeitslosigkeit wird dieser Effekt in den Bewertungen anscheinend

Tabelle 1: Wie gut fühlen sich Bevölkerungsgruppen durch den Sozialstaat abgesichert? (Anteil „schlecht“ und „sehr schlecht“)

	Bei Krankheit		Im Rentenalter		Bei Arbeitslosigkeit	
	West (%)	Ost (%)	West (%)	Ost (%)	West (%)	Ost (%)
Insgesamt	24	22	39	35	34	51
Geschlecht						
Frauen	26	24	42	37	35	54
Männer	22	20	37	33	32	48
Alter						
18 - 34 Jahre	21	19	57	63	34	45
35 - 59 Jahre	28	25	46	45	38	56
Über 60 Jahre	22	19	20	16	26	46
Einkommenslage*						
Oberstes Quintil	19	12	35	26	32	33
Unterstes Quintil	33	35	50	55	45	63
Erwerbsstatus						
Erwerbstätige	24	18	49	46	35	46
Arbeitslose	42	30	62	56	50	62
Rentner/innen	22	21	21	16	-	-

Datenbasis: ISJP 2000

* Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (siehe Anmerkung 2)

durch das generell höhere Arbeitslosigkeitsrisiko in Ostdeutschland kompensiert, so dass sich die oberen Einkommenslagen in Ost und West nicht unterscheiden. Im Gegensatz dazu empfinden fast zwei Drittel der ostdeutschen Befragten im untersten Einkommensquintil ihre Absicherung bei Arbeitslosigkeit als unzureichend - ein Wert, der deutlich über dem der entsprechenden Bevölkerungsgruppe in Westdeutschland liegt. Betrachtet man die Unterschiede zwischen den Einkommensquintilen innerhalb der beiden Landesteile, so fällt auf, dass sie in Ostdeutschland in allen Bereichen stärker ausgeprägt sind als im Westen.

Große Sorgen in Ost und West um Rente und Arbeitslosigkeit

Tabelle 2 zeigt die Anteile der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland, die sich oft und sehr oft Sorgen im Bereich der Rente und des Arbeitsmarktes machen. Dabei werden gesamtgesellschaftliche und auf die eigene Person bezogene Sorgen unterschieden. Mit Ausnahme der Sicherheit der Renten machen sich Ostdeutsche deutlich mehr Sorgen als Westdeutsche. Dabei fallen die Unterschiede in Bezug auf die eigene Arbeitsplatzsicherheit und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit deutlich höher aus als bei der eigenen Versorgung im Rentenalter. Fast die Hälfte der Ostdeutschen sorgt sich zudem um den eigenen Arbeitsplatz und sogar mehr als zwei Drittel um die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Bei allen diesen Punkten spielt sicherlich auch eine Rolle, dass sich die Ostdeutschen vielerorts mit einer schlechteren wirtschaftlichen Lage konfrontiert sehen als die Bevölkerung Westdeutschlands.

Die jeweils auf die eigene Person bezogenen Sorgen sind in den meisten Fällen geringer als die in Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Dies verwundert nicht, da nicht alle Personen von den entsprechenden Risikolagen unmittelbar betroffen sind. Bemerkenswert scheint jedoch, dass sich Ost- und Westdeutsche bei der Einschätzung der Sicherheit der eigenen Renten nur wenig und hinsichtlich ihrer Bewertung der gesamtgesellschaftlichen Sicherheit der Renten überhaupt nicht unterscheiden. Ein möglicher Grund dafür ist, dass im Rahmen der Eingliederung der ostdeutschen Bundesländer in das westdeutsche Rentensystem das Rentenniveau in Ostdeutschland dem Westdeutschlands weitgehend angeglichen wurde (Roller 1997).

Auch zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede. Diese können aus der spezifischen sozialen Lage der Befragten und ihrer Betroffenheit von Lebensrisiken erklärt werden. Im allgemeinen machen sich Frauen deutlich mehr Sorgen als Männer. Im innerdeutschen Vergleich sind die Ängste der ostdeutschen Frauen hinsichtlich der eigenen Rente und der Arbeitsplatzsicherheit deutlich höher als die der westdeutschen. Hier spielt wahrscheinlich sowohl die stärkere Erwerbsorientierung der ost-

Tabelle 2: Sorgen über die eigene Situation und die Gesellschaft (Anteil: „oft“ und „sehr oft“)

	Eigene Versorgung im Rentenalter		Sicherheit der Renten		Sicherheit des Arbeitsplatzes		Entwicklung der Arbeitslosigkeit	
	West (%)	Ost (%)	West (%)	Ost (%)	West (%)	Ost (%)	West (%)	Ost (%)
Insgesamt	39	45	57	57	30	47	48	70
Geschlecht								
Frauen	41	51	59	58	31	51	48	70
Männer	37	40	55	57	29	45	49	70
Alter								
18 - 34 Jahre	35	34	43	33	35	49	48	59
35 - 59 Jahre	42	51	61	59	29	48	54	74
Über 60 Jahre	-	-	61	66	-	-	41	71
Einkommenslage*								
Oberstes Quintil	33	36	53	64	20	35	51	63
Unterstes Quintil	40	52	56	49	44	48	51	74
Erwerbsstatus								
Erwerbstätige	40	41	54	52	30	45	50	66
Arbeitslose	54	64	53	57	-	-	71	82
Rentner/innen	-	-	63	66	-	-	42	72

Datenbasis: ISJP 2000

* Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (siehe Anmerkung 2)

deutschen Frauen eine Rolle als auch ihre seit der Einheit im Vergleich zu Männern deutlich schlechtere Position auf dem engen ostdeutschen Arbeitsmarkt. Jüngere Personen sind weniger als ältere besorgt, wenn es um die eigene Versorgung im Rentenalter und um die Sicherheit der Renten geht. Hier muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Absicherung im Rentenalter von den Jüngeren zwar als schlechter eingeschätzt wird (vgl. Tabelle 1), dass sie sich aber aufgrund der zeitlichen Ferne zum Rentenalter nicht unmittelbar betroffen fühlen. Dagegen sorgen sich Jüngere stärker um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, jedoch weniger um die Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitslosigkeit.

Befragte mit höherem Einkommen machen sich generell weniger Sorgen, da sie aufgrund ihres Wohlstandes gut abgesichert sind und auch leichter private Sicherungssysteme in Anspruch nehmen können. So zeigen die Ergebnisse auch, dass die Sicherheit der eigenen Rente und des eigenen Arbeitsplatzes für Personen in den oberen Einkommenslagen ein wesentlich geringeres Problem darstellt als für Einkommensschwache. In Bezug auf die gesamtgesellschaftliche Situation sind die Struktureffekte des Einkommens in Ost und West dagegen uneinheitlich. So sorgen sich Ostdeutsche in oberen Einkommenslagen deutlich stärker um die Sicherheit der Renten, während die Bezieher kleinerer Einkommen in Ostdeutschland eher über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit besorgt sind.

Zusammenfassend wird also deutlich, dass diejenigen Bevölkerungsgruppen, die am stärksten auf die Absicherung durch den Sozialstaat in den jeweiligen Bereichen angewiesen sind,

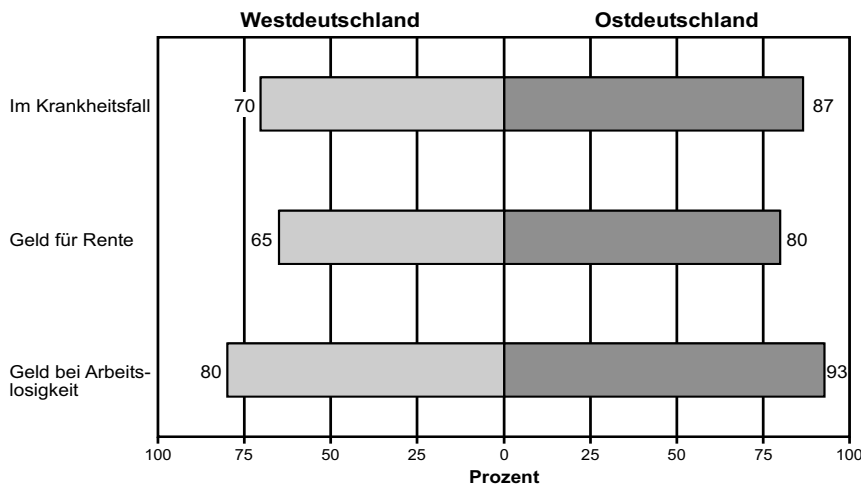
sich deutlich mehr Sorgen machen als solche, die auf ihren eigenen Wohlstand zurückgreifen können oder in der Lage sind, auf andere Sicherungssysteme bzw. den privaten Versicherungsmarkt auszuweichen.

Staat für die Absicherung in Risikolagen in der Verantwortung

Nachdem die wahrgenommene Leistungsfähigkeit des Sozialstaates anhand der Einschätzung der eigenen Absicherung und der Sorgen, die sich Menschen in Risikolagen machen, dargestellt wurde, stellt sich nun die Frage nach der Zuständigkeit bzw. Verantwortlichkeit für die soziale Absicherung. Die befragten Personen sollten sich dabei zwischen zwei alternativen „Verantwortlichen“ entscheiden, entweder dem Staat oder den Betroffenen selbst. In der Bundesrepublik gilt in den hier betrachteten Bereichen in der Regel der Staat als der Hauptverantwortliche. Dies wurde durch entsprechende Einschätzungen der Bevölkerung wiederholt bestätigt (z.B. Roller 1992). Doch eine aktivierende Sozialpolitik, wie sie in letzter Zeit verstärkt gefordert wird, mutet den von Risiken betroffenen Individuen ein stärkeres Eigenengagement zu. Wie aber stehen die potentiell Betroffenen zu dieser Ausweitung der Eigenverantwortung für die soziale Absicherung? Sollte nach Meinung der Befragten hauptsächlich der Staat oder sollten die Betroffenen selbst verantwortlich für die Vorsorge im Krankheitsfall, hinsichtlich der Renten und der Absicherung bei Arbeitslosigkeit sein?³

In beiden Teilen Deutschlands gibt es eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung, die dem Staat in allen drei Bereichen die Verantwortung zuschreibt (vgl. Graphik 2). Dieses

Graphik 2: Wer ist für soziale Sicherheit verantwortlich? Der Staat oder die Betroffenen selbst? (Anteil: „Hauptsächlich der Staat“)



Datenbasis: ISJP 2000

Resultat lässt sich aufgrund der Differenzierung der Fragestellung nach verschiedenen sozialstaatlichen Sicherungsfeldern weiter präzisieren. So sehen die Befragten noch am ehesten im Bereich der Rente die Möglichkeit einer Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen, wengleich auch hier in beiden Landesteilen eine deutliche Mehrheit (65% in Westdeutschland und 80% in Ostdeutschland) den Staat als Hauptverantwortlichen sieht. Das gilt vor allem in Bezug auf die Arbeitslosigkeit: 80% der Westdeutschen und 93% der Ostdeutschen machen den Staat für die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die Zustimmung zur Zuständigkeit des Staates ist in allen drei Sicherungsbereichen so überwältigend, dass Reformmaßnahmen, die eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Menschen vorsehen, gut begründet sein müssen, wenn sie Erfolg haben sollen. Besonders auffällig erweist sich der Ost-West-Unterschied: Ostdeutsche sehen den Staat viel

stärker in der sozialpolitischen Pflicht als Westdeutsche. Dies mag immer noch mit der ehemaligen sozialistischen Tradition der DDR-Zeit zusammenhängen, in der dem Staat die zentrale Rolle in allen gesellschaftspolitischen Belangen zugesprochen wurde. Ein weiterer eher gegenwartsbezogener Grund könnte darin liegen, dass Ostdeutsche generell stärker als Westdeutsche von der sozialstaatlichen Absicherung abhängig sind (Mau 1998). Auch verfügen sie in weit geringerem Umfang über Ressourcen (z.B. private Vorsorge, angesparte Mittel etc.), die ihnen eine Kompensation unzureichender Absicherung durch den Sozialstaat ermöglichen würden. Inwieweit die starke Zustimmung zur Staatsverantwortung im Bereich der sozialen Sicherung in Ostdeutschland einer sozialistischen Tradition geschuldet ist oder mit der besonderen Situation nach dem Systemwechsel zusammenhängt, kann an dieser Stelle nicht eindeutig beantwortet werden.

Können oder wollen Arbeitslose nicht arbeiten?

Aus den bisherigen Analysen wurde deutlich, dass Arbeitslosigkeit vor allem von den Befragten in Ostdeutschland als das zentrale sozialpolitische Problem angesehen wird. So sind 95% der Ostdeutschen, aber auch 65% der Westdeutschen der Auffassung, dass in der Bundesrepublik heute auf die Verwirklichung des politischen Ziels der Beschäftigungssicherung durch den Staat zu wenig bzw. viel zu wenig Gewicht gelegt wird (Ergebnisse nicht ausgewiesen). Aufgrund dieses Befundes könnte angenommen werden, dass der Staat aus der Sicht der Bevölkerung in der Pflicht steht, für den Abbau von Arbeitslosigkeit zu sorgen. Allerdings kann auch danach gefragt werden, ob Arbeitslose selbst genug dafür tun, einen Arbeitsplatz zu finden.

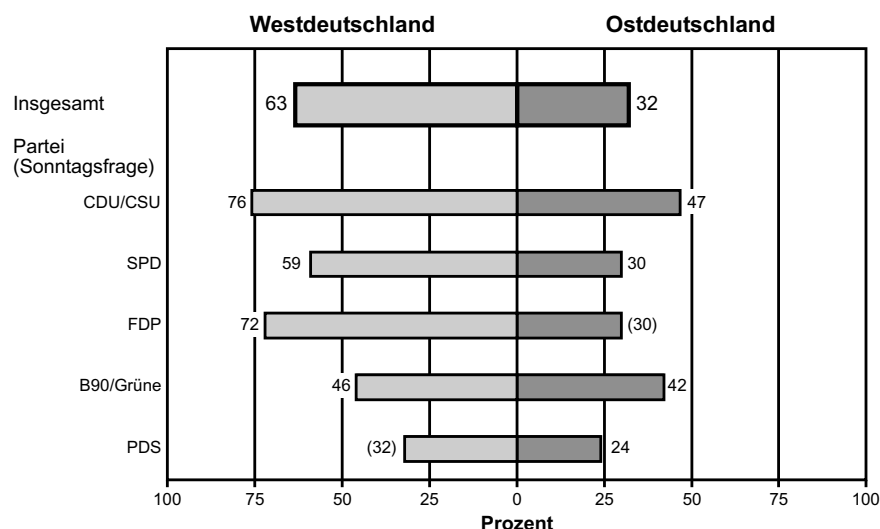
Die jüngste öffentliche Debatte zu diesem Thema wurde Anfang April durch Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der Äußerung ausgelöst: „Wer arbeiten kann, aber nicht will, kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“. Dem Kanzler wurde vorgeworfen, mit seiner Äußerung Arbeitslose indirekt als Nutznießer des Sozialstaats anzuprangern und damit Vorurteile über den Missbrauch von Sozialleistungen zu bedienen.

Insgesamt ist diese Debatte im Wesentlichen durch zwei oftmals nicht ausreichend auseinander gehaltene Fragestellungen geprägt: Zum einen geht es um die Behauptung, dass Arbeitslose nicht arbeiten wollen, obwohl sie leicht einen Arbeitsplatz finden könnten. Zum anderen wird die Frage aufgeworfen, ob Arbeitslose nur dann soziale Unterstützung erhalten sollten, wenn sie z.B. durch gemeinnützige Arbeit eine Gegenleistung für diese Unterstützung erbringen.

Befragt man die Bevölkerung zunächst hinsichtlich ihrer Zustimmung zu der Aussage: „Hier bei uns könnten die meisten Arbeitslosen einen Arbeitsplatz finden, wenn sie nur wirklich wollten.“, zeigt sich, dass dem zwar fast zwei Drittel der Westdeutschen (63%), aber nur ein Drittel der Ostdeutschen (32%) zustimmen (vgl. Graphik 3). Insgesamt gesehen scheint Arbeitslosigkeit damit im Westen eher als selbst verschuldet angesehen zu werden. Denn da die Arbeitslosen aus der Sicht der Mehrheit der Westdeutschen leicht eine Anstellung finden könnten, muss der Grund für ihre Arbeitslosigkeit darin liegen, dass sie nicht arbeiten wollen. Dagegen scheint Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland stärker als gesamtgesellschaftlich zu verantwortendes, strukturelles Problem wahrgenommen zu werden, das nicht den Arbeitslosen selbst ange-rechnet werden kann.

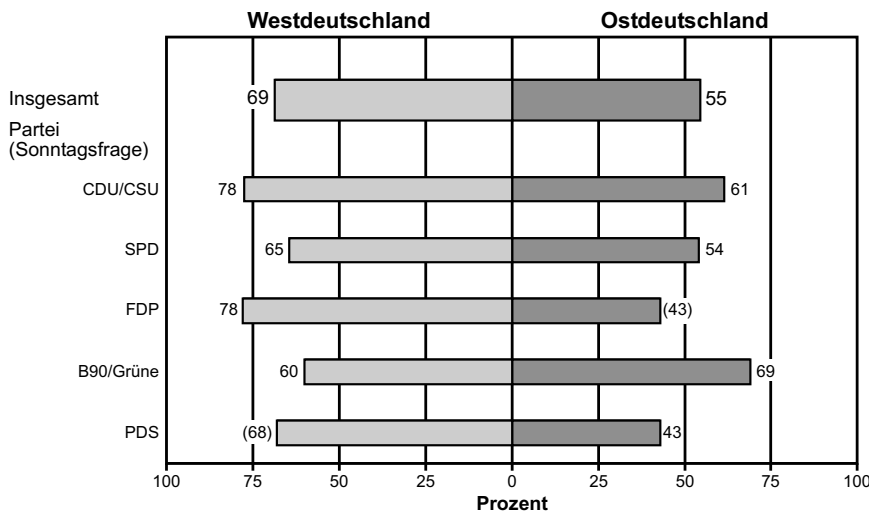
Da bei der Antwort auf diese Frage vermutlich auch politische Überzeugungen eine Rolle spielen, ist der Zusammenhang mit den politischen Orientierungen der Befragten von In-

Graphik 3: Hier bei uns könnten die meisten Arbeitslosen einen Arbeitsplatz finden, wenn sie nur wirklich wollten. (Anteil: „stimme etwas zu“ und „stimme voll zu“)



Datenbasis: ISJP 2000; FDP Ost, PDS West: Fallzahl < 30

Graphik 4: „Der Staat sollte Arbeitslose finanziell nur dann unterstützen, wenn sie gemeinnützige Arbeit, sog. Bürgerarbeit leisten.“ (Anteil: „stimme etwas zu“ und „stimme voll zu“)



Datenbasis: ISJP 2000; FDP Ost, PDS West: Fallzahl < 30

teresse. Untersucht man dies anhand der Wahlabsicht, so zeigt sich, dass im Westen eher die Anhänger der Konservativen und der FDP der Meinung sind, dass Arbeitslose zwar arbeiten könnten, aber nicht wollten. Im Osten dagegen ist der Anteil derjenigen, die dem zustimmen, bei den Konservativen und Bündnis 90/Die Grünen überdurchschnittlich groß. Dass sich im Vergleich zu anderen Strukturmerkmalen deutlichere Unterschiede in der Zustimmung zwischen den einzelnen Parteien ergeben, zeigt, dass die Frage der Zurechenbarkeit von Arbeitslosigkeit (selbst oder fremd verschuldet) wesentlich durch ideologische Werthaltungen geprägt ist.

Mehrheit für gemeinnützige Arbeit von Arbeitslosen

Bei der Frage, inwieweit mit einer staatlichen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit auch eine entsprechende Pflicht der Arbeitslosen zu gemeinnütziger Arbeit (Bürgerarbeit) einhergehen soll, zeigt sich, dass dem eine Mehrheit der Bevölkerung in beiden Landesteilen zustimmt (Graphik 4). Allerdings fällt die Zustimmung der Westdeutschen (69%) auch in diesem Fall deutlich stärker aus als die der Ostdeutschen (55%). Der Blick auf die politische Orientierung der Befragten zeigt, dass eine Koppelung von Arbeitslosenunterstützung und gemeinnütziger Arbeit im Westen wieder stärker bei den Anhängern der Konservativen und der FDP, im Osten dagegen von den Konservativen und Bündnis 90/Die Grünen befürwortet wird. Die Pflicht zur Bürgerarbeit lehnen lediglich die ostdeutschen Anhänger der PDS mehrheitlich ab. Im Gegensatz zu der Position, die Arbeitslosen könnten ja arbeiten, wenn sie nur wollten, würde demnach eine stärker leistungsbezogene Unterstützung von Arbeitslosen von den Anhängern fast aller Parteien unterstützt.

Die vorgestellten Ergebnisse legen nahe, dass es sinnvoll ist, unterschiedliche Indikatoren zu

betrachten, wenn die Leistungsfähigkeit und Akzeptanz des Sozialstaats durch die Bevölkerung untersucht werden soll. Dabei ist auch die Differenzierung nach unterschiedlichen Bereichen des Sicherungssystems hilfreich, mit der beispielsweise gezeigt werden konnte, dass Westdeutsche sozialstaatliche Defizite stärker im Bereich der Rentenversorgung und Ostdeutsche stärker im Bereich des Arbeitsmarktes wahrnehmen. Aber auch generell konnte anhand der Ergebnisse veranschaulicht werden, dass Ost- und Westdeutsche ihre soziale Absicherung als unterschiedlich gut wahrnehmen, hinsichtlich der Sorgen in den sozialpolitischen Bereichen Rente und Arbeitslosigkeit voneinander abweichen und der sozialpolitischen Verantwortung des Staates eine andere Bedeutung beimessen. Die teilweise ganz erheblichen Einstellungsdifferenzen in beiden Landesteilen deuten auf ein Fortbestehen der unterschiedlichen Erwartungen an den Sozialstaat in Ost- und Westdeutschland hin. Mit einer Angleichung der sozialstaatlichen Institutionen ist nicht automatisch auch eine Angleichung der Einstellungen der Bevölkerung einhergegangen. Vielmehr sind die bestehenden Differenzen ebenso Zeichen ganz verschiedener objektiver Problemlagen in Ost und West, auf die der Staat nach Ansicht der Befragten nur unzureichend eingeht. Besonders deutlich wird dies bei der Bewertung der Arbeitslosigkeit, die Ostdeutsche als eher fremd verschuldet und system- bzw. vereinigungsbedingt wahrnehmen. Daher wird eine Lösung dieses Problems auch stärker dem Staat und weniger der individuellen Verantwortung zugerechnet. Doch scheint der Staat gerade hier aus der Sicht der Menschen zu wenig zu tun. Die politisch Verantwortlichen sind also gut beraten, die im Osten deutlich stärker formulierte Forderung nach einem sozialpolitischen Engagement des Staates ernst zu nehmen.

1 Am International Social Justice Project (ISJP) sind 13 westliche und osteuropäi-

sche Länder beteiligt mit dem Ziel, Gerechtigkeits Einstellungen international vergleichend zu untersuchen. Der deutsche Teil des ISJP wird von Prof. Bernd Wegener geleitet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter der Kennziffer WE1019/11-1 gefördert. Weitere Informationen über das Projekt finden sich im Internet unter <http://www.isjp.de>.

- Die Einkommensquintile wurden auf Basis des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens berechnet. Die Bedarfsgewichtung berücksichtigt die Haushaltszusammensetzung entsprechend der Berechnungsweise des Europäischen Statistischen Amtes (EUROSTAT). Die befragte Person wird mit dem Faktor „1“, jede weitere erwachsene Person mit dem Faktor „0,5“ und jedes Kind unter 14 Jahren mit dem Faktor „0,3“ gewichtet.
- Bei der Beantwortung dieser Frage sollten die Befragten nicht einfach ihre Zustimmung oder Ablehnung zur Verantwortung des Staates äußern, sondern sie mussten sich zwischen den beiden Antwortalternativen: „Wer sollte Ihrer Meinung nach hauptsächlich ... verantwortlich sein? Hauptsächlich der Staat oder hauptsächlich die Betroffenen selbst?“ entscheiden.

Gangl, Markus, 1997: Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den alten und den neuen Bundesländern. S. 169-204 in: Walter Müller (Hg.): Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik. Opladen: Leske + Budrich.

Kaufmann, Franz-Xaver, 1997: Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Mau, Steffen, 1998: Akzeptanzbedingungen des wohlfahrtsstaatlichen Umbaus. Ein internationaler Vergleich. Zeitschrift für Sozialreform 44: 856-872.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung [BPA], 2000: Sozialpolitische Umschau Ausgabe 39, Nr. 470 (18. Dezember 2000). Berlin: BPA.

Roller, Edeltraud, 1992: Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Roller, Edeltraud, 1997: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung. S. 115-146 in: Oscar W. Gabriel (Hg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Ullrich, Carsten G., 2000: Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Anmerkungen zum Forschungsstand. MZES-Arbeitspapier Nr. 22. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung [<http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-22.pdf>].

Bodo Lippl, Humboldt-Universität zu Berlin

Tel.: 030/2093-4417

Email: lippl@empisoz.de

Wohlstand wichtiger als Einkommen für Zufriedenheit mit der finanziellen Situation

Untersuchungen zur Zufriedenheit mit der finanziellen Situation im europäischen Vergleich

Die Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse in den einzelnen Mitgliedsstaaten ist eine der zentralen Aufgaben, die innerhalb der EU in den kommenden Jahren bewältigt werden müssen. Die historisch gewachsenen Unterschiede erschweren bereits heute die Überwindung des Wohlstandsgefälles zwischen den Staaten Europas. In Zukunft wird dieses Problem insbesondere im Rahmen der geplanten Osterweiterung der EU sogar noch an Schärfe gewinnen. Neben objektiven Messgrößen für das gesellschaftliche Wohlstandsniveau kommt den subjektiven Einschätzungen der Bürger eine zentrale Bedeutung bei der Beurteilung der Lebensverhältnisse zu. Eine solche subjektive Bewertung der materiellen Lebensverhältnisse ist die im folgenden Beitrag untersuchte Zufriedenheit der EU-Bürger mit ihrer finanziellen Situation. Dabei wird insbesondere darauf eingegangen, welcher Zusammenhang zwischen der subjektiven Zufriedenheit und den unterschiedlichen Lebensbedingungen in den Mitgliedsstaaten der Union besteht. Darüber hinaus ist auch von Interesse, welche Komponenten der objektiven Lebensverhältnisse die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation am stärksten beeinflussen.

Als Datengrundlage dient das Europäische Haushaltspanel (ECHP). Es wird vom Statistischen Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) in Kooperation mit den nationalen statistischen Ämtern in den Mitgliedsstaaten der EU seit 1994 regelmäßig durchgeführt. Gegenwärtig stehen die Daten der ersten drei Erhebungswellen von 1994 bis 1996 für wissenschaftliche Untersuchungen zur Verfügung. Für die folgenden Analysen wird die Erhebungswelle von 1996 verwendet, die ca. 130.000 Befragte umfasst.

Niedrigstes Zufriedenheitsniveau in den südeuropäischen Ländern

Die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation wird im ECHP mittels einer sechsstufigen Antwortskala erhoben, die von 1 („nicht zufrieden“) bis 6 („absolut zufrieden“) reicht. Betrachtet man die in Graphik 1 dargestellten Durchschnittswerte in den einzelnen Ländern der EU, so fallen die großen innereuropäischen Unterschiede bei den Zufriedenheitswerten auf.

Die niedrigste Zufriedenheit mit der finanziellen Situation findet sich in den südeuropäischen Ländern (Italien, Spanien, Portugal und Griechenland). Dort betragen die Durchschnittswerte 1996 zwischen 2,9 in Griechenland und 3,1 in Italien und liegen damit deutlich unter dem über alle Länder berechneten Gesamtmittelwert von 3,5¹. Auf der anderen Seite des Spektrums findet sich Dänemark mit einem sehr hohen Wert von 4,5, gefolgt von den Niederlanden, Österreich und Luxemburg. Auch in Belgien, Finnland, der Bundesrepublik sowie dem Vereinigten Königreich liegen die Werte noch deutlich über dem EU-Durch-

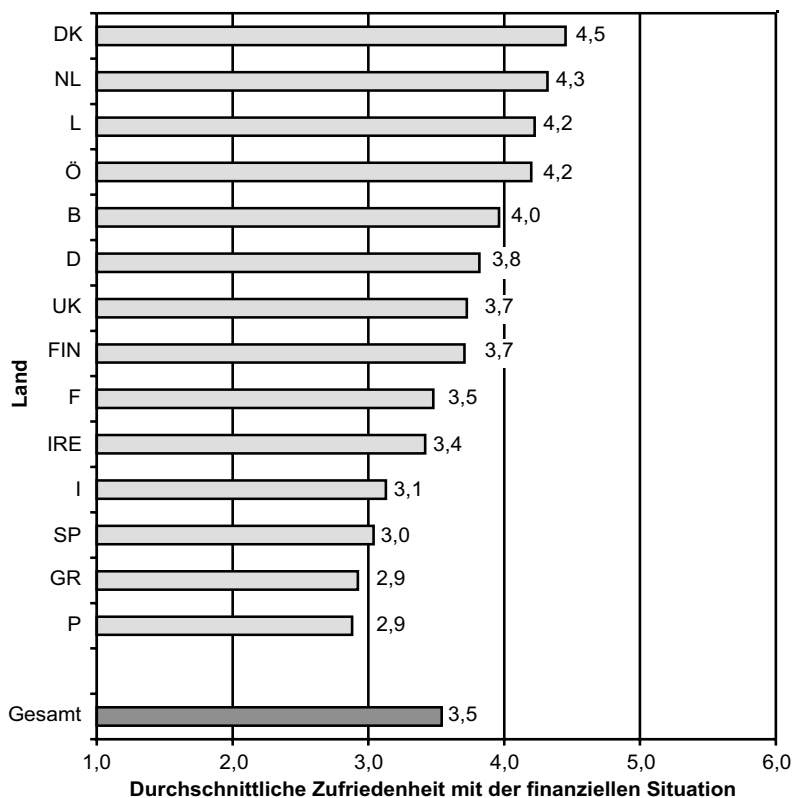
schnitt, während die Zufriedenheit in Irland und Frankreich in etwa dem europäischen Durchschnitt entspricht. Insgesamt kann man vereinfachend von einem Nord-Süd-Gefälle der Zufriedenheit mit der finanziellen Situa-

on innerhalb der EU sprechen. Dieses Ergebnis deckt sich mit ähnlichen Befunden, die wiederholt bei der Untersuchung der allgemeinen Lebenszufriedenheit in Europa gemacht wurden (z.B. Noll 1997).

Höhere Zufriedenheit in Ländern mit höherem Bruttoinlandsprodukt

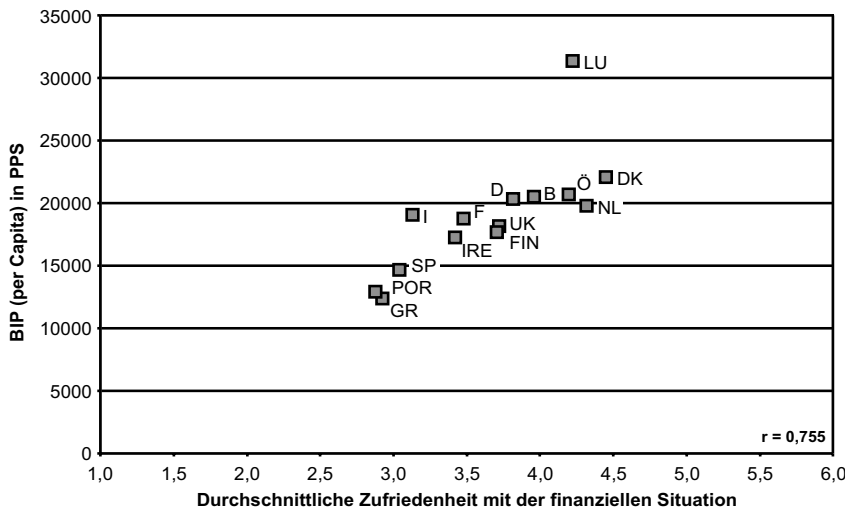
Wie lassen sich die festgestellten extremen Länderunterschiede innerhalb der EU erklären? In der einschlägigen Literatur finden sich hauptsächlich zwei mögliche Begründungen für Differenzen, die sich bei der subjektiven Zufriedenheit im Ländervergleich feststellen lassen: Die erste Erklärungsvariante ist, dass solche Divergenzen auf länderspezifische Besonderheiten zurückgeführt werden können. In diesem Kontext finden sich nochmals zwei Argumente. Einerseits wird vorgebracht, die Unterschiede könnten aus verschiedenen Aspekten eines landestypischen Antwortverhaltens abgeleitet werden. Auf der anderen Seite findet sich die Position, dass sie auf Besonderheiten in der Kultur, bzw. im Charakter, im Anspruchsniveau oder in ähnlichen typischen Eigenschaften der Bevölkerungen dieser Nationen zurückzuführen sind. Demgegenüber steht die zweite Erklärung, dass sich in den Zufriedenheitsunterschieden die Differenzen der objektiven Lebensverhältnisse in diesen Ländern widerspiegeln (für einen Überblick über die verschiedenen Argumente vgl. Veenhoven 1997).

Graphik 1: Zufriedenheit mit der finanziellen Situation im europäischen Vergleich 1996



Datenbasis: ECHP 1996: arithmetisches Mittel; Skala von 1 bis 6 (1 = gar nicht zufrieden; 6 = äußerst zufrieden), gewichtete Ergebnisse

Graphik 2: Korrelation zwischen der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation und dem Bruttoinlandsprodukt



Datenbasis: a) ECHP 1996; arithmetisches Mittel; Skala von 1 bis 6 (1 = gar nicht zufrieden; 6 = äußerst zufrieden), gewichtete Ergebnisse; b) European Commission (2000).

Eine derartige, auf Länderebene vorgenommene Untersuchung bietet jedoch allenfalls eine vorläufige Erklärung für die festgestellten Zufriedenheitsunterschiede. Ein zentraler Nachteil ist hierbei, dass durch die Bildung der Ländermittelwerte Unterschiede innerhalb der einzelnen Länder unberücksichtigt bleiben. In diesem Kontext ist besonders hervorzuheben, dass ein statistischer Zusammenhang auf der Aggregatebene nicht notwendigerweise auf einen entsprechenden Wirkungszusammenhang auf der Individualebene hinweist. So kann z.B. aus dem oben dargestellten Zusammenhang zwischen BIP und durchschnittlicher Zufriedenheit nicht zwangsläufig geschlossen werden, dass auch in den einzelnen Ländern jeweils die wohlhabenderen Bürger zufriedener sind. Darüber hinaus ist es vor diesem Hintergrund auch schwierig zu beurteilen, ob unterschiedliche Einflussgrößen, wie z.B. das BIP und der Gini-Koeffizient tatsächlich unabhängig voneinander sind, oder ob die dargestellten Korrelationen mit der Zufriedenheit nicht eventuell auf ein und denselben Zusammenhang hinweisen.

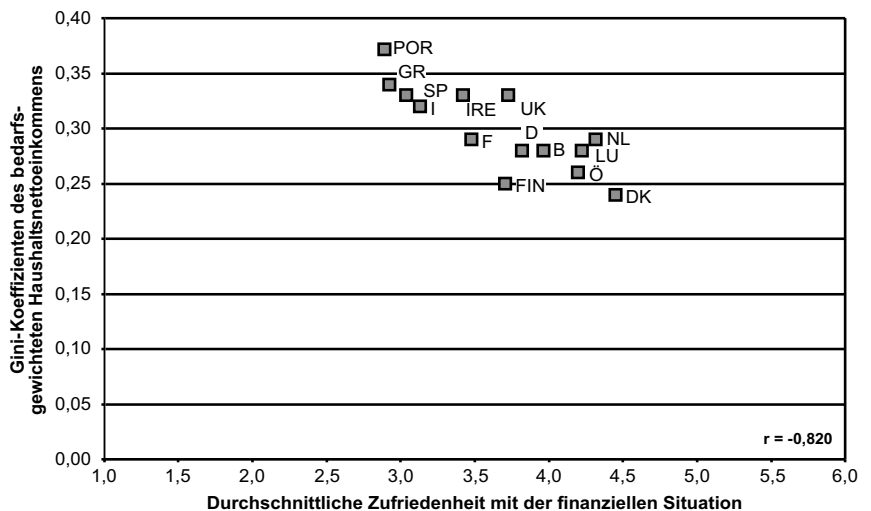
Zumindest in Bezug auf die allgemeine Lebenszufriedenheit hat sich, allerdings auf der Basis von Länderdurchschnitten, bestätigt, dass diese in einem klaren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie dem Wohlstandsniveau oder der Ungleichheit steht (Veenhoven 1993). Daher soll in einem ersten Schritt untersucht werden, ob auch bei der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation ein ähnlicher Zusammenhang zu beobachten ist. Dabei wird der Gini-Index als Maßzahl für die in der Gesellschaft vorhandene Einkommensungleichheit verwendet. Er wurde auf Basis der Haushaltseinkommen² der Befragten berechnet. Je höher der Wert dieses Indexes ist, desto ungleicher sind die Einkommen in der jeweiligen Gesellschaft verteilt. Im Falle einer vollkommenen Gleichverteilung wäre der entsprechende Indexwert 0, während ein Wert von 1 einer vollkommenen Ungleichverteilung entsprechen würde. Als Indikator für das gesellschaftliche Wohlstandsniveau dient das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Datenquelle: European Commission 2000: 215). Es ist, wie auch das Haushaltseinkommen, in Kaufkraftstandards (PPS) ausgewiesen, um Kaufkraftunterschiede zwischen den betrachteten Ländern zu berücksichtigen und die in den verschiedenen Landeswährungen ausgewiesenen Einkommensbeträge zu vereinheitlichen.

Je ungleicher die Einkommensverteilung, desto niedriger die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation

Allerdings ist die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation in den betrachteten Ländern nicht nur vom jeweiligen Wohlstandsniveau, sondern auch von der Verteilung der Einkommen abhängig (Graphik 3). Der Gini-Index variiert in den Ländern der EU zwischen 0,24 in Dänemark und 0,37 in Portugal. Wie die Graphik dokumentiert, weisen die Länder mit einem niedrigen Gini-Index, also mit einer eher egalitären Einkommensverteilung, auch ein relativ hohes Zufriedenheitsniveau auf. Eine ungleiche Einkommensverteilung wirkt sich hingegen negativ auf die durchschnittliche Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Lage aus.

Derartige Probleme können bei der Analyse von Individualdaten vermieden werden. Hierbei ist davon auszugehen, dass insbesondere die tatsächlichen materiellen Lebensverhältnisse der Befragten einen starken Einfluss auf ihre entsprechende subjektive Zufriedenheit haben. Als Indikator für die materiellen Lebensverhältnisse der Befragten wird vor allem das bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen verwendet. Darüber hinaus wurde aber auch versucht, weitere Aspekte des im Haushaltsrahmen realisierten materiellen Wohlstands der Befragten zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck wurden Indizes für die im Haushalt vorhandenen langlebigen Konsumgüter, für finanzielle Problemlagen und für den allgemeinen Lebensstandard des Haushalts³ gebildet. Weiterhin ging ein, ob die Befragten im ver-

Graphik 3: Korrelation zwischen der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation und den Gini-Koeffizienten



Datenbasis: ECHP 1996; arithmetisches Mittel; Skala von 1 bis 6 (1 = gar nicht zufrieden; 6 = äußerst zufrieden), gewichtete Ergebnisse. Berechnung der Gini-Koeffizienten auf Basis der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen.

Graphik 2 verdeutlicht, dass in den Ländern der EU ein starker Zusammenhang zwischen dem Wohlstandsniveau und der Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Lage existiert. In denjenigen Ländern, die ein geringes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aufweisen, ist auch die durchschnittliche Zufriedenheit niedrig, während die Befragten in Ländern mit einem hohen BIP im Durchschnitt zufriedener mit ihrer finanziellen Situation sind. Lediglich Luxemburg nimmt aufgrund seines im Verhältnis zur Bevölkerungszahl weit überdurchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts eine Sonderstellung ein.

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen Einkommen bzw. Lebensstandard und der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation

		Einkommensquintile		Lebensstandardindex (0-6)	
		Unterstes Quintil (%)	Oberstes Quintil (%)	Indexwert 0-2 (%)	Indexwert 6 (%)
Zufriedenheit mit der finanziellen Situation	1	21,9	3,7	29,9	2,9
	2	20,8	6,9	27,5	5,4
	3	24,7	16,8	27,1	15,9
	4	17,8	29,0	11,8	30,2
	5	10,5	30,5	2,9	32,2
	6	4,3	13,1	0,9	13,4
Anteil der Befragten (%)		(20)	(20)	(15,2)	(44,6)

Datenbasis: ECHP 1996; gewichtete Ergebnisse; Zufriedenheit mit der finanziellen Situation auf einer Skala von 1 bis 6 (1 = gar nicht zufrieden; 6 = äußerst zufrieden); Einkommensquintile auf Basis des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens; Lebensstandardindex: Summenindex mit einer Skala von 0 bis 6 (vgl. Fußnote 3)

gangenen Jahr in der Lage gewesen waren, etwas anzusparen oder nicht.

In Tabelle 1 wird der Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der Befragten mit ihrer finanziellen Situation und dem Einkommen sowie dem Wohlstand des Haushalts dargestellt. Für das Einkommen wird gezeigt, wie sich die Angehörigen des obersten und untersten Einkommensquintils prozentual auf die verschiedenen Zufriedenheitsniveaus verteilen. Die Quintilszugehörigkeit wurde dabei länderspezifisch ermittelt. Der Zusammenhang mit dem Wohlstand wird exemplarisch anhand des Index für den allgemeinen Lebensstandard des Haushalts demonstriert. Dabei wurden Befragte mit dem höchsten Indexwert von 6 (insgesamt 44,6% aller Befragten) solchen mit Indexwerten von 0 bis 2 (zusammen 15,2% der Befragten) gegenübergestellt.

Bei den besser gestellten Gruppen, also den Befragten des obersten Einkommensquintils und denen mit einem maximalen Wert des Lebensstandardindex von 6 weisen jeweils mehr als 70% Zufriedenheitswerte in der oberen Hälfte der Antwortskala auf. Bei den schlechter gestellten Gruppen hingegen sind die Befragten mit niedrigem Lebensstandard deutlich unzufriedener als die mit geringem Einkommen. Im untersten Einkommensquintil ist der Anteil der Befragten, deren Zufriedenheitswerte in der unteren Skalenhälfte liegen, mit 67,4% zwar schon relativ hoch, bei den Befragten mit einem Lebensstandardindexwert von 2 oder geringer liegt er allerdings mit 84,5% nochmals klar darüber. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, da in diesem Fall von einer deutlichen Einschränkung der Lebensbedingungen des jeweiligen Haushalts auszugehen ist.

Der Lebensstandard beeinflusst die Zufriedenheit stärker als das Einkommen

Im Folgenden wird die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation mittels einer Regressionsanalyse untersucht. Mit diesem Verfahren kann überprüft werden, inwieweit die Länderunterschiede bei der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation bestehen bleiben, wenn

verschiedene andere Einflüsse kontrolliert werden. Außerdem kann untersucht werden, ob unterschiedliche Größen wie z.B. das Einkommen und der Lebensstandard tatsächlich in einem eigenständigen (d.h. nicht über eine andere Größe vermittelten) Zusammenhang mit der Zufriedenheit der Befragten stehen. Neben dem Einkommen und den vier Wohlstandsindikatoren wurden in den folgenden Analysen noch demographische und sozialstrukturelle Aspekte wie Alter, Geschlecht, Familienstand, Bildung, Berufstätigkeit, eine eventuelle ausländische Staatsbürgerschaft der Befragten sowie das Vorhandensein von Kindern im Haushalt berücksichtigt.

Teilgraphik 4a zeigt die Unterschiede des Zufriedenheitsniveaus in den Ländern der EU im Vergleich zu dem der deutschen Befragten ohne die Berücksichtigung weiterer Faktoren. Positive Werte bedeuten dabei, dass die Personen im entsprechenden Land zufriedener mit ihrer finanziellen Situation sind als die Deutschen. Im Gegensatz dazu weist ein negativer Wert auf eine im Vergleich zu Deutschland geringere Zufriedenheit im jeweiligen Land hin. Die folgenden Teilgraphiken zeigen, wie hoch die Länderdifferenzen bei der Zufriedenheit wären, wenn sich die untersuchten Länder nicht hinsichtlich verschiedener sozialstruktureller Merkmale unterscheiden würden. Dabei wurden bei den in Teilgraphik 4b dargestellten Ergebnissen lediglich die demographischen und sozialstrukturellen Einflüsse berücksichtigt. Die beiden übrigen Teilgraphiken zeigen die verbleibenden Länderunterschiede, nachdem zusätzlich noch das Einkommen (4c), sowie das Einkommen und die sonstigen Wohlstandsindikatoren (4d) kontrolliert wurden⁴.

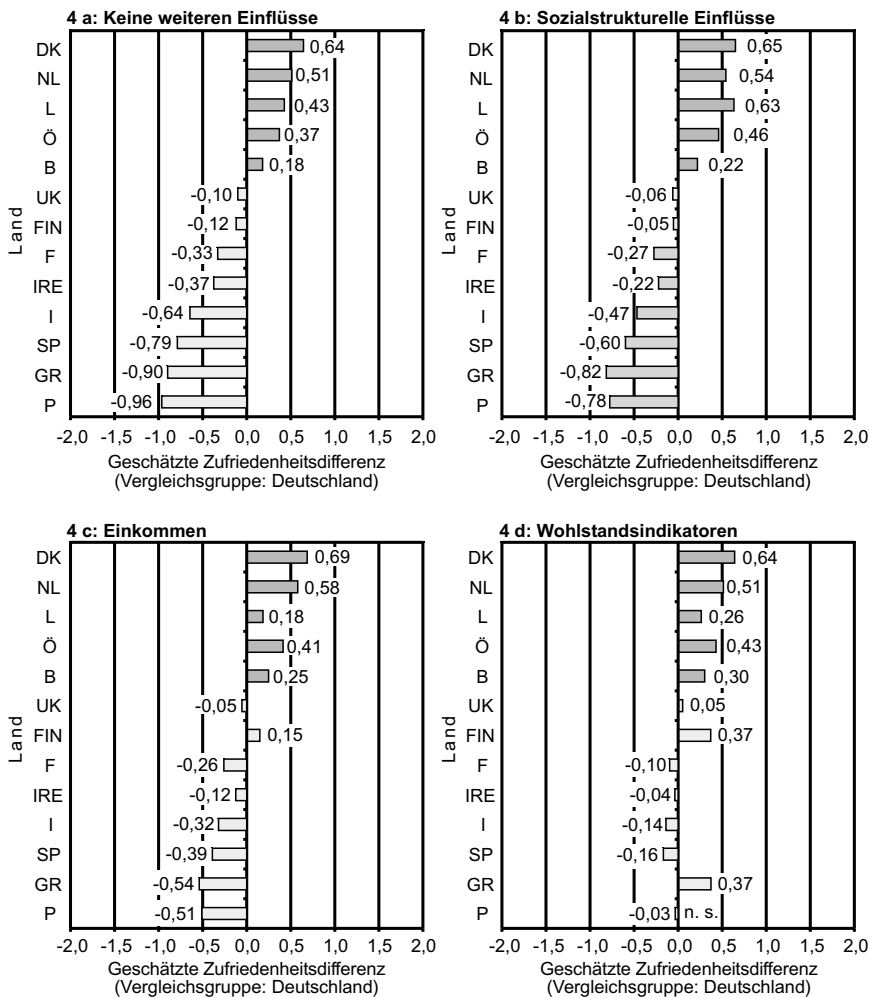
Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten in den Ländern mit im Vergleich zu Deutschland hohen Zufriedenheitswerten (Dänemark, die Niederlande, Luxemburg, Österreich und Belgien) auch nach Kontrolle aller berücksichtigten Unterschiede deutlich zufriedener bleiben. Lediglich die Differenz zwischen der Bundesrepublik und Luxemburg würde leicht reduziert, wobei insbesondere das sehr hohe Einkommensniveau in Luxemburg eine Rolle spielen dürfte.

Ganz anders erscheint die Situation, wenn man die Länder mit einer im Vergleich zu Deutschland niedrigen Zufriedenheit betrachtet. Hier sind die Unterschiede zu einem guten Teil durch die oben beschriebenen Einflussfaktoren bedingt, was daraus ersichtlich wird, dass sie sich bei Konstanthaltung dieser Faktoren deutlich verringern. Teilgraphik 4d zeigt, dass bei Kontrolle aller zusätzlichen Einflussfaktoren nur noch Franzosen, Iren, Italiener und Spanier eine niedrigere Zufriedenheit aufweisen als die Deutschen. Und auch in diesen Ländern ist die Differenz zur Vergleichsgruppe deutlich zurückgegangen. Die in Portugal verbleibenden geringen Unterschiede sind statistisch nicht signifikant, was bedeutet, dass sich die dortigen Zufriedenheitsunterschiede im Vergleich zu Deutschland vollständig durch die hier untersuchten Einflussfaktoren erklären lassen. Die Griechen, die Finnen und die Bürger des Vereinigten Königreichs wären, würden sie sich nicht hinsichtlich der anderen Einflussgrößen unterscheiden, sogar zufriedener mit ihrer finanziellen Situation als die Deutschen.

Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass sich sowohl im Falle des Index für den Lebensstandard, wie auch bei den drei übrigen Wohlstandsindikatoren auch dann ein Zusammenhang mit der Zufriedenheit nachweisen lässt, wenn Einkommensunterschiede zwischen den Befragten kontrolliert werden (Ergebnisse nicht ausgewiesen). Allerdings überrascht in diesem Zusammenhang, dass sich die Zufriedenheitsunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten der EU in viel stärkerem Maße durch die Wohlstandsdifferenzen als durch die Höhe des Haushaltseinkommens erklären lassen. Dies zeigt sich daran, dass nicht so sehr die Berücksichtigung des Einkommens (4c), sondern erst die zusätzliche Kontrolle der Wohlstandsindikatoren zu einer deutlichen Reduktion der Länderunterschiede bei der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation führt⁵. Hier trägt insbesondere der Index für den allgemeinen Lebensstandard der Befragten zur Erklärung der Zufriedenheitsdifferenzen bei.

Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation lässt sich innerhalb der Europäischen Union ein Nord-Süd-Gefälle feststellen. Dieses Gefälle ist jedoch nicht darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerungen der südlichen Mitgliedsstaaten ‚per se‘ unzufriedener sind als die der weiter nördlich gelegenen Länder. Zwar lassen sich die innereuropäischen Unterschiede bei der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation nicht allein durch objektive Einflüsse wie Sozialstruktur, Einkommen und Lebensstandard der Befragten in den jeweiligen Ländern erklären, aber die Kontrolle verschiedener Einflussfaktoren zeigt, dass die Zufriedenheitsdifferenzen bei identischen Lebensverhältnissen deutlich kleiner wären als sie es tatsächlich sind. Ein guter Teil der Zufriedenheitsdifferenzen in der EU lässt sich demnach durch Unterschiede in den objektiven Lebensbedingungen erklären. Das gilt insbesondere für die vergleichsweise

Graphik 4: Länderunterschiede bei der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation vor und nach Kontrolle verschiedener Einflussfaktoren



Datenbasis: ECHP 1996; Schätzung auf Basis einer OLS-Regression; gewichtete Ergebnisse

Mittel eine der folgenden Zahlungen nicht leisten konnte: Miete; Hypothekenzahlungen; Nebenkostenrechnungen; Raten oder sonstige Kreditrückzahlungen. Der Index umfasst Werte von 0 bis 4.

4 Der Graphik liegen die Resultate von vier linearen Regressionsmodellen zugrunde. Die Streuungsaufklärung dieser Modelle (R^2) beträgt 12,9, 19,2, 24,6 bzw. 37,4%. Ausgewiesen sind lediglich die Koeffizienten der 0/1-codierten Ländervariablen. Kleinere Abweichungen zu den Werten aus Graphik 1 ergeben sich, da alle Regressionsmodelle mit der gleichen Fallbasis berechnet wurden. Hierbei fielen einige Fälle, die in Graphik 1 berücksichtigt wurden, aufgrund fehlender Werte aus den Teilgraphik 4a zugrunde liegenden Berechnungen heraus.

Bei der Einkommensvariablen wurde davon ausgegangen, dass der positive Einfluss des Einkommens auf die Zufriedenheit im Falle sehr hoher Einkommen abnimmt. Dies wurde durch einen zusätzlichen quadrierten Einkommensterm umgesetzt.

5 Dies wird besonders deutlich, wenn man die Veränderungen der Streuungsaufklärung betrachtet. Kontrolliert man, wie oben dargestellt, zunächst die Einkommensvariable und dann die vier Wohlstandsindikatoren, so steigt die Streuungsaufklärung zunächst auf 24,6% und dann auf 37,4%. Nimmt man hingegen zuerst die Indikatoren in das Regressionsmodell auf, steigt die Streuungsaufklärung sofort auf 36,5%. Der Zugewinn durch die Einkommensvariable liegt dann nur noch bei 0,9%. Wie diese Ergebnisse annehmen lassen, sind die Korrelationen zwischen der Einkommensvariablen und den Wohlstandsindikatoren relativ hoch, sie liegen aber mit Werten zwischen 0,13 und 0,41 noch im akzeptablen Bereich.

unzufriedenen Bevölkerungen der südeuropäischen Länder. Zwar ist die Zufriedenheit dort, speziell im Vergleich mit Dänemark und den Niederlanden, auch nach Kontrolle der strukturellen Unterschiede noch relativ niedrig, allerdings würde sich die relative Differenz zwischen der zufriedensten und der unzufriedensten Bevölkerung in der EU durch das Verschwinden dieser Unterschiede mehr als halbieren. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass die Höhe des Haushaltseinkommens der Befragten für ihre Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation weniger wichtig ist als der im Haushaltsrahmen realisierte Lebensstandard. Insofern wäre davon auszugehen, dass es bei einer zunehmenden Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse in der EU auch zu einer entsprechenden Annäherung der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation kommen würde.

1 Die Berechnungen für alle in diesem Beitrag ausgewiesenen Werte auf Basis des ECHP wurden unter Verwendung des dort enthaltenen Querschnittsgewichts vorgenommen. Bei der Berechnung der europäischen Gesamtmittelwerte ging die Bevölkerungsgröße der jeweiligen Länder

als zusätzlicher Gewichtungsfaktor mit ein.

2 Es handelt sich um das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen. Die Bedarfsgewichtung wurde nach der modifizierten OECD-Skala vorgenommen. Hierbei wird der erste Erwachsene im Haushalt mit dem Faktor 1 gewichtet, weitere Personen ab 14 Jahren mit dem Faktor 0,5 und Kinder unter 14 mit dem Faktor 0,3.

3 Der Index für im Haushalt vorhandene (Konsum-)Güter umfasst Werte von 0 bis 7. Dabei wird für jedes der folgenden Güter, über das der Haushalt verfügt ein Punkt zum Index hinzuaddiert: Auto, Farbfernseher, Videorecorder, Mikrowelle, Geschirrspüler, Telefon, Zweitwohnsitz. Der Lebensstandardindex variiert zwischen 0 und 6. Für jedes der folgenden Items, das sich der Haushalt leisten kann, wird ein Punkt zum Index addiert: die Wohnung angemessen heizen; eine Woche in Urlaub fahren; abgenutzte Möbel ersetzen; neue statt gebrauchte Kleidung kaufen; jeden zweiten Tag Fleisch oder Fisch essen; einmal monatlich Freunde zum Abendessen einladen.

Zum Index für finanzielle Problemlagen wird jeweils ein Punkt addiert, wenn der Haushalt wegen mangelnder finanzieller

European Commission, 2000: Eurostat Yearbook. A Statistical Eye on Europe. Data 1988-1998. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.

Noll, Heinz Herbert, 1997: Wohlstand, Lebensqualität und Wohlbefinden in den Ländern der EU. S. 431-473 in: Stefan Hradil, Stefan Immerfall (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.

Veenhoven, Ruut, 1993: Happiness in Nations: Subjective Appreciation of Life in 56 Nations 1946-1992. Rotterdam: RISBO.

Veenhoven, Ruut, 1997: Advances in Understanding Happiness. [http://www.eur.nl/fsw/research/happiness/97c-ab.htm]. (Veröffentlicht in französischer Sprache Revue Québécoise de Psychologie, Vol. 18: S. 267-293).

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-244
christoph@zuma-mannheim.de

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
Telefax 06 21/12 46-100

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Bernhard Christoph

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Call for Papers

Soziale Exklusion und Inklusion: Indikatoren und Berichtssysteme für Wissenschaft und Politik

Gemeinsame Tagung der Sektion Sozialindikatoren in der DGS
und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
DIW, Berlin, 22. - 23. November, 2001

Soziale Exklusion und Inklusion sind Konzepte, die in den vergangenen Jahren in der Wissenschaft und in der Politik gleichermaßen Beachtung gefunden haben. Zunehmend wird auch die Frage diskutiert, wie diese Konzepte operationalisiert und mithilfe von Indikatoren messbar gemacht werden können. Dieser Prozess ist insbesondere auf der europäischen Ebene angestoßen worden und wird gegenwärtig durch das Programm der EU-Kommission, im Rahmen eines Verfahrens der "offenen Koordinierung" "Nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung" zu entwickeln, erheblich beschleunigt.

Die geplante Tagung greift diesen aktuellen Prozess auf und soll insbesondere einen Beitrag dazu leisten, die Entwicklung geeigneter Indikatoren und Berichtssysteme zu fördern, die von der EU-Kommission gefordert und benötigt werden, um die Realisierung der im politischen Raum definierten Ziele zu beobachten. Einen Schwerpunkt der Tagung bildet die Diskussion, welche Indikatoren zur Messung sozialer Exklusion und Inklusion jenseits von Einkommensarmut und -wohlstand herangezogen werden können. Zudem werden sowohl konzeptuelle Fragen der Anwendbarkeit sozialer Indikatoren im politischen Steuerungsprozess als auch empirische Beiträge zum Verlauf ausgewählter Indikatoren im nationalen und internationalen Vergleich erörtert.

Bitte senden Sie Ihre Vortragswünsche unter Beifügung eines 1-seitigen Abstracts bis zum 22. September sowie Anmeldungen zur Teilnahme bis zum 31. Oktober 2001 an:

Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim (Tel.: 0621-1246-241; Fax 0621-1246-182; e-mail: noll@zuma-mannheim.de) und Dr. Peter Krause, DIW, Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin (Tel.: 030-89789-690; Fax: 89789-109 e-mail: pkrause@diw.de)

Armut- und Reichtumsberichterstattung

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren, ZUMA, Mannheim, 8. und 9. November 2001

Seit den neunziger Jahren hat sich die sozialwissenschaftliche Forschung verstärkt dem Themenkomplex Armut zugewendet. Auf nationaler und internationaler Ebene ist eine erhebliche Ausweitung der armutsbezogenen Sozialberichterstattung festzustellen. Zum Thema Reichtum finden sich dagegen bisher nur vereinzelte Studien. Die Aktivitäten der Bundesregierung zur Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichtes für Deutschland haben jedoch Impulse gegeben und die entsprechende Diskussion erheblich gefördert. Allerdings bringen schon die begrifflichen Abgrenzungen von Armut und Reichtum beachtliche Schwierigkeiten mit sich.

Im Rahmen des Workshops sollen vor diesem Hintergrund zentrale Konzepte, Methoden und Indikatoren der Messung von Armut und Reichtum vorgestellt und ein Überblick über den aktuellen Stand der Armuts- und Reichtumsberichterstattung gegeben werden. Neben empirischen Ergebnissen zu Verteilungen und Entwicklungen werden Auswirkungen unterschiedlicher Datengrundlagen und Berechnungsweisen diskutiert und die Ergebnisse für Deutschland auch im internationalen Kontext bewertet. Die Referenten sind namhafte Experten der Armuts- und Reichtumsforschung in Deutschland:

R. Hauser; Ein Referent des Bundesministeriums für Arbeit u. Sozialordnung; P. Krause; J. Kohl; I. Becker; W. Voges; H.-J. Andreß/ G. Lipsmeier; J. Schupp/ B. Isengard; R. Habich

Ein vorläufiges Programm steht im Internet unter: <http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Veranstaltungen/index.htm>

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Dr. Stefan Weick (Tel.: 0621-1246-245; Email: weick@zuma-mannheim.de) oder an Dr. Heinz-Herbert Noll (Tel.: 0621-1246-241; Email: noll@zuma-mannheim.de), die den Workshop organisieren und betreuen.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 15. Oktober beim Tagungssekretariat von ZUMA (Email: workshop@zuma-mannheim.de, Tel. 0621-1246-221) anzumelden. Für die Teilnahme wird eine Gebühr von 90 Mark erhoben.